

Placówka "Estezet"
L.dz. 21 /45
New York, 9.I.1945
Komunizm w Niemczech.

Szef Oddz. Inf. Wyw. Szt. N.W.
/przez Szefa Wydz. Wyw./

Melduję, że za pośrednictwem radcy naszego M.S.Zagr. dr. M. Potulickiego w czasie jego pobytu w New Yorku, nawiązałem kontakt z panią Ruth Fischer, Żydówką, komunistką niemiecką, antystalinistką.

P. Fischer wydaje na terenie New Yorku miesięcznik "The Network", w którym występuje oficjalnie jako Komunistka Trockistka przeciwko polityce Stalina. Obecnie pisze książkę na temat: Historia Partji komunistycznej Niemiec. Uzyskałem od p. Fischer trzeci rozdział tej książki, który omawia ewolucje i przemiany w niemieckiej partji komunistycznej w latach 1924-1929.

Przedstawiam w załączeniu trzy egzemplarze tego rozdziału pisanego w języku niemieckim. Melduję, że obiecałem 1 egzemplarz opracowania p. radcy Potulickiemu za pośrednictwo w skontaktowaniu z p. Fischer. Proszę Pana Pułkownika o polecenie przekazania trzeciego egzemplarza do M.S.Zagr. do rąk własnych p. radcy Potulickiego.

Melduję równocześnie, że p. Fischer, z powodu trudności finansowych, przerwała pisanie książki, której ostatni rozdział - "Die freideutsche Bewegung seit 1941" - uważam za bardzo ciekawy. Pani Fischer oświadczyła, iż jest gotowa podjąć się niezwłocznie opracowania tego rozdziału, gdyby otrzymała pomoc finansową z naszej strony w wysokości około 300 dolarów, które oczywiście zarazem byłyby wynagrodzeniem za dostarczony materiał.

Proszę Pana Pułkownika o decyzję czy opracowanie to jest interesujące dla Oddziału Inf. Wyw. i czy mam go na podanych warunkach zamówić.

Kierownik Placówki

Ularay
Maracz

zak.3.

Ruth Fischer.

DEUTSCHER KOMMUNISMUS UND RUSSISCHE STAATSPARTEI

KAPITEL III.

Transformationsperiode 1924 - 1929.

Ruth Fischer
319 West 80th
New York City

Trafalgar-7-0793

October 30, 1944

/Versuchsweiser Titel/

Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands
von ihren Anfängen bis zur Gegenwart.

/Deutscher Kommunismus und russische Staatspartei/

- I. Vom Spartakusbund zur K.P.D.
- II. "1923", "Die Oktoberniederlage" der K.P.D.
- III. Transformationsperiode 1924 bis 1929.
- IV. Die K.P.D. und der Nationalsozialismus 1929 bis 1933.
- V. Die K.P.D. unter Hitler.
- VI. Die freideutsche Bewegung seit 1941.

Technische Vorbemerkung.

Das vorliegende Kapitel ist ein erster Entwurf. In der entgeltigen Fassung wuerde der dokumentarische Teil erweitert werden. Die Beifuegung umfangreicherer bibliographischer Notizen ist geplant.

Kapitel III.

Transformationsperiode 1924 - 1929.

Inhaltsverzeichnis.

<u>Einleitende Bemerkungen:</u>	Beziehungen der russischen kommunistischen Partei zur Komintern und KPD vor 1925.	S. 1 - 7
I. Teil :	<u>Stalins zweite Intervention in die Politik der K.P.D.</u>	
	a/ Der Kampf um das Sekretariat.	8 - 18
	b/ Der "offene Brief" des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an die KPD.	18 - 24
	c/ Der 14. Parteitag der russischen kommunistischen Partei.	24 - 34
	Anhang: Dokumente	
	aa/ Brief Stalins an Maslow	34 - 36
	bb/ Persönliche Erinnerungen; Hinter den Kulissen des Parteitags der KPD.	36 - 41
II. Teil :	<u>Militaerpolitik.</u>	
	a/ Beziehungen zwischen der Reichswehr und der Roten Armee.	41 - 56
	b/ Die geheimen Apparate der KPD in der Uebergangsperiode.	57 - 68
	Anhang: Dokumente	
	aa/ Pravda: "Von Ruth Fischer bis Chamberlain".	69 - 70
	bb/ L.O. Lominadse	70
	cc/ Bucharin auf der 15. Parteikonferenz, 1927.	70
III. Teil :	<u>Die Gleichschaltung der KPD.</u>	
	A/ Zerstoerung der KPD und der Aufbau einer deutschen Sektion der russischen Staatspartei.	71 - 84
	b/ Stalins Beziehungen zu den Fuehrern der KPD	84 - 91
	Anhang: Dokumente	
	aa/ Meine Kontakte mit Sinowjew 1925	91 - 93
	bb/ Liste der innerparteilichen Fraktionen	93 - 94
	cc/ Hans Berger und die Wittorf Affaire	94
Schlussbemerkung:	<u>Die organisatorische Struktur der umgeformten "Partei".</u>	94 - 97

Kapitel III

UEBERGANGSPERIODE 1924-1929.

I.

Einleitende Bemerkungen.

Beziehungen der russischen kommunistischen Partei,
zum Komintern und der KPD vor 1925.

Auf dem 1. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, im Maerz 1919, hat der Delegierte des Spartakusbundes, Hugo Eberlein, in der feierlichen Abstimmung ueber die Gruendung sich der Stimme enthalten. Diese Stimmenthaltung war ein Kompromiss, das einen schweren Konflikt zwischen der Spartakusfuehrung und dem Zentralkomitee der russischen kommunistischen Partei ueberbruecken sollte. Leo Jogiches /"Tiszka"/, der polnische Socialist, Freund und Kampfgefaherte Rosa Luxemburgs, und Rosa Luxemburg selbst, hatten Hugo Eberlein mit dem bindenden Mandat nach Moskau geschickt, sich gegen die Gruendung der kommunistischen Internationale auszusprechen. Eberlein trat auf dem Kongress auch tatsaechlich gegen die Gruendung auf; dieses auffallende Verhalten stand im Gegensatz zu dem aller anderen Delegierten und bezeichnet den Beginn des Krisenverhaeltnisses zwischen der neugegruendeten kommunistischen Partei Deutschlands und dem Moskauer Zentrum, das fuer die ganze erste Revolutions - Periode charakteristisch ist.

Die Dritte Internationale, die Kommunistische Internationale, sollte sich auch in ihrem Organisationsaufbau von der Sozialistischen Arbeiterinternationale, der Zweiten Internationale, unterscheiden. Die Beschluesse der internationalen Kongresse der

Sozialistischen Arbeiterinternationale vor dem ersten Weltkrieg trugen den Charakter politischer Richtlinien, die ohne organisatorische Verbindlichkeit fuer die angeschlossnen Parteien gefasst wurden. Die Funktionsunfaehigkeit der Sozialistischen Arbeiterinternationale als Kampfinstrument gegen den ersten Weltkrieg war der Ausgangspunkt fuer die Neugruendung. Aktionsfaehigkeit, internationale Koordination aller angeschlossenen Organisationen, Organisation der weltrevolutionaeren Bewegung, das waren die Hauptgesichtspunkte, unter denen neue Organisationsformen gesucht wurden.

Das Prinzip der neuen Organisationsform war der "demokratische Zentralismus". Dieser Begriff ist innerhalb der kommunistischen Literatur verschieden interpretiert worden; er hat nichts anderes zum Inhalt, als dass nach einer Beschluss fassung das Hauptgewicht der Durchfuehrung der Beschluesse bei dem Zentralkoerper liegt. Insofern ist das Prinzip des demokratischen Zentralismus keineswegs bloss den kommunistischen Organisationen eigentuemlich, sondern das Arbeitsprinzip fast aller existierender politischer Parteien, Gewerkschaften, Regierungsbehoerden und Verwaltungskoerperschaften. Es ist das Prinzip der "weltrevolutionaren" Disziplin", das die kommunistische Internationale von vornherein von allen anderen Organisationen unterschied. Die Konzeption der Durchfuehrung dieser "Disziplin" bestand im Wesentlichen in Folgendem:

Alle angeschlossenen Parteien sollten nach einem gleichmaessigen Muster durchorganisiert werden; Landeszentralen, parlamentarische Fraktionen, Gewerkschaftsfraktionen, Presse-und Propagandabteilungen sollten in gleichmaessiger Art aufgebaut und zentral politisch gelenkt werden. Ueber diese gleichfoemige Organisation und ihre zentrale Lenkung wurde eine ganze Spezial Theorie entwickelt, die Theorie von der 22

Rolle der kommunistischen Partei als Lenkerin der revolutionären Massenbewegungen und die Theorie von der Rolle der kommunistischen Partei als Avantgarde des Proletariats.

In der kommunistischen Internationale bestand zwischen dieser theoretischen Konzeption und der Praxis eine scharfe Differenz. Die neuen Kadern waren weder durchdiszipliniert noch leicht disziplinierbar. Die neuen Führungen, herausgewachsen aus den Spaltungsvorgängen der alten Sozialdemokratischen Parteien, rebellierten bei vielen politischen und organisatorischen Anlässen gegen die russische Führung; die Geschichte der ersten drei Weltkongresse und die Frühgeschichte aller kommunistischen Parteien Europas ist eine Kette von Krisen und Auseinandersetzungen zwischen Landeszentralen und Moskauer Zentrum, in der die grossen russischen Revolutionsführer, Lenin, Trotzki, Sinowjew, Bucharin, Radek, mitten im Bürgerkriege und mitten im Interventionskriege ein kolossales Ausmass von Zeit und Energie zu langwierigen und komplizierten Diskussionen mit den Delegierten Weltparteien aufwandten.

Die Autorität der russischen kommunistischen Partei ist dabei selbstverständlich ein ueberdimensionaler Faktor. Die Delegierten der Weltparteien sind Repräsentanten kleiner oder grosserer Arbeiterorganisationen, aber niemand von ihnen ist auf dem "Wege zur Macht"; niemand von ihnen ist kompetent in Fragen revolutionärer Staatspolitik und revolutionärer Staatsführung. Dem Typus nach stellen diese Delegierten fast allgemein den Typus des Arbeiterbewegungs Ideologen des XIX. Jahrhunderts dar, des Propagandisten und Agitators, des Partei- und Gewerkschaftsorganitors, dem die russischen Genossen mit ihrer Revolutions und Staats erfahrung von vornherein turahoch ueberlegen sind.

Dazu kommt, dass die Anziehung und der Glanz des Machtbesitzes auch in dem aermlichen revolutionaeren Russland eine demoralisierende und korumpierende Wirkung von Anfang an auszuueben beginnt. Um den Versammlungstisch herum sitzen unter dem Mantel scheinbarer Gleichheit Vertreter relativ einflussloser Gruppen und Staatslenker eines zwar geschwaechten aber maechtigen Reiches und diskutieren Detailfragen des politischen und organisatorischen Alltags ausserhalb Russland.

Infolgedessen ist die allgemeine Linie der Entwicklung von 1917 an die, dass die oppositionellen Tendenzen in den ausser-russischen Sektionen schwaecher werden und dass die Autoritaet der russischen Partei ansteigt. Im Verlaufe dieses Prozesses kommt es zu einer Reihe heftiger Krisen, zu Spaltungen und zu Ausschlussen der eben gewonnenen Anhaenger aus der neugegruendeten Organisation.

Die Mittel der Gleichschaltung in dieser ersten revolutionaeren Periode sind im allgemeinen normale Organisationsmittel. Persoenliche Beeinflussung, Beratung in kleinen Zirkeln, Koerperschaftsbeschluesse und Koerperschaftsdisziplin, Diskussion in den Exekutivkoerperschaften und im Plenum, Majoritaetsbeschluesse, moralischer Druck durch die fuehren den Genossen, Verweise und Verurteilungen bestimmter Handlungen in bestimmten Faellen, Funktionsenthebung auf bestimmte Zeit und schliesslich der zeitweilige oder entgueltige Ausschluss. Diese Massregeln wurden natuerlich ergaenzt durch die Moeglichkeit von Ernennungen zu Posten von Interesse und Einfluss, durch Zusagen von bestimmten Auftraegen und durch Uebernahme bestimmter Verantwortung. Aber sowohl Massregelungen wie "Befoerderungen" spielten sich in diesen Jahren in einer Atmosphaere ab, in der sie einen andersartigen Charakter hatten

als spaeter. Erfahrungen mit terroristisch totalitaeren Prinzipen innerhalb der Arbeiterbewegung waren noch nicht gemacht, die Genossen bewegten sich furchtfrei im Rahmen der kommunistischen Internationale. Das Risiko das sie innerhalb der Organisation zu nehmen hatten war das normale Risiko jeder kaempfenden Gruppe innerhalb einer Organisation und in keiner Weise schienen diese Massregelungen und moeglichen Ausschluesse mit Staatszwangsmassnahmen verknuepft. Jeder Ausgeschlossenen konnte normalerweise hoffen, nach einer angemessenen Frist wieder zur Aktivitaet zugelassen und wieder aufgenommen zu werden. Wo das nicht der Fall war oder sein konnte, gab es ausserhalb der kommunistischen Internationale ein breites Feld moeglicher Betaetigungen, so dass der Ausschluss das Ende einer bestimmten politischen Karriere, aber keineswegs die "Liquidation" einer bestimmten politischen Richtung war.

Innerhalb der Landesparteien setzte das Moskauer Zentrum seinen Willen durch, ohne zu direkten Eingriffen ueberzugehen oder uebergehen zu koennen. Die Spielregeln des demokratischen Zentralismus wurden gewahrt. Die verschiedenen Koerperschaften wurden nach dem Proporzsystem gewaehlt; such in der Illegalitaet fanden Parteikongresse statt, die nach dem Rechenschaftsbericht der alten Koerperschaften, die neuen Koerperschaften waelhten. Bei der Ernennung der Redakteure, Parlamentsabgeordneten und Parteiangestellten griff das Moskauer Zentrum nicht ein. Die Exekutive der kommunistischen Internationale nahm Stellung zu politischen Richtungen, billigte oder verwarf diese oder jene Auffassung von Gruppierungen innerhalb der angeschlossenen Landesparteien. Wenn aber diese Landesparteien Delegierte oder sonstige Funktionaere waelhte, die im Gegensatz zu den Moskauer Beschluesen standen, so wurden sie akzeptiert; Absetzungen und Ernennungen

waeren in dieser ersten Periode unmoeglich gewesen.

Selbstverstaendlich ist such hier eine gewisse Muanzierung in der Behandlung der verschiedenen Landesparteien fest zu stellen. Die deutsche kommunistische Partei, die von 1918 bis 1923 häufig illegal war, die aber immerhin eine betraechtliche Kraft darstellte, und der man auch eine besondere Aufmerksamkeit zuwandte, wurde verhaeltnissmaessig mit grosser Vorsicht behandelt. Zwischen 1918 und 1924 bestand eigentlich in keiner einzigen grundlegenden Frage Uebereinstimmung zwischen den Berliner und den Moskauer Kommunisten. Es gibt nicht eine einzige Episode des deutschen Buergerkriegs, ueber die russischen und die deutschen Revolutionaere einer Meinung gewesen sind. Ununterbrochene muedliche und schriftliche Diskussionen charakterisieren die Periode dieser ersten Zeit; die Zusammenarbeit besteht im Wesentlichen aus kritischen Angriffen der russischen Genossen auf die Politik der deutschen Landeszentrale und aus heftigen innerparteilichen Diskussionen dieser russischen Kritik. Eingriffe in die deutsche Partei anders als in dieser politisch-kritischen Art finden kaum statt.

Mit den besiegten, kleinen, illegalen Parteien des Balkans des Baltikums und Mittel- und Zentraleuropas ist schon sehr frueh anders verfahren worden. Absetzungen, Ernennungen, Verschickungen ja auch Verhaeftungen, setzen in der finnischen, in der ungarischen in der estnischen Partei viel frueher ein als im westeuropaeischen Raum. Diese Organisationen wurden sehr bald als Sektionen der russischen Partei behandelt, waehrend man den deutschen, den franzoesischen, den italienischen, den tschechischen, den englischen und amerikanischen Genossen groessere demokratische Freiheiten zusprach/x

/x/ Hugo Eberlein ist im Jahre 1935 in Moskau, im Zuge der

Auskammung der deutsche Kommunisten, die nach dem Kirow-Prozess einsetzte, erschossen worden. Er war jahrelang der Vertrauensmann^s von Ossip Piatnitzki, dem Organisator der Komintern, enger Mitarbeiter Sinowjews; Piatnitzki hat das Ausscheiden Sinowjews aus der Komintern ueberdauert. Eberlein hat eine sehr wechselvolle, abenteuerliche Karriere in der Komintern gehabt, die mit seiner Verhaftung in Strassburg 1934 und seiner Ausweisung aus Frankreich 1935 abschloss.

Ich habe Hugo Eberlein sehr gut gekannt und ihn noch 1933 gelegentlich in Paris gesprochen. Nach seinen Mitteilungen bestand im Zentrum der Spartakusleitung, bei der Gruppe Rosa Luxemburg-Jogiches die feste Absicht die Gruendung einer von der russischen bolschewistischen Partei gefuehrten internationalen Organisation abzulehnen; Jogiches war such gegen die Gruendung der kommunistischen Partei Deutschlands und fuer das Verbleiben des Spartakusbundes in der Unabhaengigen Sozialdemokratischen Partei. Beide Fuehrer der deutschen Kommunisten sahen in der engen Organisationsverbindung mit der Leninschen Organisation ein gefaehrliches Hindernis fuer die Entwicklung einer selbstaendigen kommunistischen Bewegung in Deutschland. Hugo Eberlein ist trotz seiner vollkommenen Unterwuerfigkeit und Gehorsamkeit dem russischen Apparat gegenueber dieser Ueberzeugung, dass die Verbiⁿdung mit der russischen Partei von verhaengnisvollen Konsequenzen fuer den deutschen Kommunismus sei, nie ganz los geworden. Seine Einstellung ist charakteristisch fuer eine ganze Gruppe der Spartakusfuehrer-Generation 1918 bis 1923.

Siehe auch Klara Zetkin "Um Rosa Luxemburgs Stellung zur Russischen Revolution" /ein apologetisches Pamphlet, das Rosa Luxemburgs wirkliche Stellung verschleiert und einen Wechsel ihrer Stellungnahme willkuerlich konstru~~iert~~iert.

I. Stalins zweite Intervention in die KPD

a/ Der Kampf um das Sekretariat.

In der Leninschen Partei nahmen, in der vorrevolutionären Periode, die Politiker und Theoretiker den ersten Platz ein. Die Eigentümlichkeit der Leninschen Parteikonzeption, die in der engen Verbindung von Politik und Organisation bestand, schloss das Primat der Politiker und Theoretiker ein. Ihnen gehörten die ersten Stellen in der Führung der Partei; sie analysierten die Gesamtsituation, schätzten die Kräfte der Bewegung ein und entwarfen Situationsrichtlinien. Die Entscheidungen wurden in heftigen Fraktionskämpfen herbeigeführt, aber das wesentliche Mittel im Fraktionskampf war die Durchsetzung einer bestimmten politischen Auffassung, fuer die die Mehrheit der Parteimitglieder durch Darlegung des Standpunktes und durch die Kraft der Argumentation gewonnen werden musste.

Die internationalistische und proletarische Ideologie der Leninschen Partei war der Hintergrund dieser Art der Parteileitung, untrennbar mit dieser Form der Führung verbunden und ihr die notwendige Stosskraft verleihend, Auch nach der Machteroberung sendete sich der Charakter der Partei zunaechst noch nicht. In den ersten Jahren der russischen Revolution, im Buergerkriege, herrschte auch unter den Bedingungen der "proletarischen Diktatur" eine verhaeltnismaessige Freiheit der inneren Parteidiskussion, bei der die Oppositionen auch die Führung und die Fuehrer auf das Heftigsten ^{angreifen} konnten, ohne anderen als parteidisziplinarischen Massnahmen susgesetzt zu werden. Die Toleranz gegeneuber abweichenden Meinungen innerhalb des proletarisch sozialistischen Sektors erstreckte sich ueber die Parteigrenzen hinaus; bis zum Jahre 20 war die

russische sozialdemokratische Partei legal, ebenso waren eine Reihe anderer Gruppierungen innerhalb der Soviets zugelassen. Die Idee einer allgemeinen Sovietdemokratie, die Zulassung mehrerer proletarischer Parteien, wurde von Lenin ausgesprochen; die Vorstellung dass die Diktatur sich ab schwächen würde, wenn die "Klassenfeinde" Bourgeoisie und Grossbauerntum "entgeltig" geschlagen worden sein, war ein integraler Bestandteil der Sovietkonzeption. Diese Idee der Sovietdemokratie war verbunden mit der Vorstellung der sich entwickelnden weltrevolutionären Bewegung, in der das rückständige russische Proletariat durch eine westliche sozialistische Revolution von den Zwaengen und Notwendigkeiten terroristischer und diktatorischer Massnahmen befreit werden würde.

"Administrative" Massnahmen, Verschickungen oder gar Verhaftungen von Parteigenossen in dieser ersten Zeit waren als die Revolution schwächend undenkbar; wenn sie im Ausnahmefall angewandt wurden, erregten sie innerhalb der Partei heftiges Unbehagen, wenn sie besprochen wurden, wurden sie prinzipiell abgelehnt. Die Vermischung von staatlichen Massnahmen und parteidisziplinarischen Mitteln wäre als konterrevolutionäres Prinzip empfunden worden.

Mit der Isolierung der russischen Revolution und dem Schwinden der weltrevolutionären Hoffnungen, veränderte sich der Charakter der Partei vollstäendig und grundlegend. Die Regierung und Verwaltung eines so grossen und rückständigen Landes wie Russland verlegte das Schwergewicht in die Exekutive und in die administrativen Koerperschaften; die Funktionen der internationalistischen Politiker wurden zu Scheinfunktionen ohne wirklichen Gehalt und ohne entscheidende Bedeutung fuer die Lenkung der russischen Staatsgeschäfte.

Nach dem Tode Lenins, in der ersten Debatte mit Trotzki

und den Trotzlisten, im Jahre 1923, uebernahm Stalin das Sekretariat der Partei, ein bisher untergeordnetes technisches Hilfsorgan mit ausfuehrenden Funktionen fuer das politische Bureau des Zentralkomitees, das die faktische Regierung des Landes darstellte. In diesen zwei Jahren, 1923-25, zwischen der zweiten und der dritten Parteiopposition, der Trotzlistischen und der Sinowjewischen, hatte Stalin begriffen, dass keine voellige Veraenderung und Verschiebung innerhalb der Partei und im Lande vor sich gegangen war. Die Schluesel zur Macht waren nicht mehr in den Haenden der politischen Ideologen, sondern in den Haenden der Organisatoren, der Bezirkssekretaere, denen zur Manipulation der Parteimitglieder eine Fuelle von Interventionsmoeglichkeiten zur Verfuegung standen. Mit diesen machtpolitischen Funktionen ausgeruestet, auf dem Hintergrunde einer allgemeinen Erschoepfung des proletarischen Internationalismus, als Idee und als Hoffnung, war es evident, dass die jeweilige Parteimeinung bei gemuegender Geschicklichkeit und Anpassung an die vorhandenen Stimmungen von oben produziert werden konnte.

Trotzki war besiegt worden, trotz seiner ungeheueren Popularitaet in den breitesten Massen des russischen Volkes, weil seine organisatorischen Stuetzpunkte sich hauptsaechlich im eigentlichen Staatsapparat, in der Sovietintelligenz und in der Diplomatie befanden. Nach seiner Niederlage begann die Zersetzung in der "Troika", der Spitze des Politbureaus, die aus Stalin, Sinowjew und Kamenew bestand. In diesem Kampf wandte die internationalistisch gestimmte Gruppe, Sinowjew-Kamenew, die alten Methoden des Fraktionskampfes an; Stalin aber in der Schluesselposition des Sekretariats kaempfte bereits mit den, kombinierten staatlichen, und parteidisziplinarischen, Massnahmen.

Die "Ausserordentliche Kommission zur Bekaempfung der Konte-

revolution und der Spekulation" /erst Tscheka und spaeter O.G. P.U./ Jetzt N.K.V.D./ war geschaffen worden als ein Organ der Partei gegen klassenfeindliche oder der Oktoberrevolution feindliche Elemente Mit der Uebernahme des Sekretariats durch Stalin wurde die OGPU systematisch in das innere Parteileben hineingezogen. Eine der ersten Aufgaben des neuen Sekretars war die Schaffung einer umfangreichen, geheimen Personalkartei, in der alle wichtigen Partefunktionaere, ihr Vorleben, ihre politischen und organisatorischen Fehler und "Suenden", ihre persoenlichen Schwaechen und Vergehen gesammelt wurden. Die Opposition gegen Stalin beschaeftigte sich mit der Ausarbeitung ausfuehrlicher politischer Plattformen, Stalins literarisches Hauptwerk aus den Jahren 1923-25 ist diese geheime Kartei. Stalin verband damit das gruendlichste Studium des Organisationsbestandes der Partei und beschaeftigte sich auf das intensivste mit der Detailarbeit des Aufbaus der Bezirkssekretariate und Bezirksleitungen, die er durch die verschiedensten Mittel an sich band. Zu diesen "verschiedensten Mitteln" gehoerte die ganze Fuelle der Ernennungen und Absetzungen, der Befoerderungen und der Verschiekungen, die in einem so grossen Territorium wie Russland von entscheidender Bedeutung fuer das Schicksal des Einzelnen waren. Der Bezirksorganisator in der Ukraine oder im Ural war in seiner alltaeglichen Arbeit direkt vom Sekretariat abhaengig; die Plattformen der Oppositionen konnten noch so ueberzeugend formuliert sein; wenn die Entscheidung ueber die Personalfragen in den Haenden Stalins zusammenliefen, so hatte er von vorneherein das Uebergewicht.

Sinowjew und Kamenew verstanden die neue Situation nicht. Sie verstanden nicht, dass die Zeit des ideologischen Kampfes unrettbar verflossen war, und dass innerhalb einer Staatspartei die

Entscheidung nicht nach der Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieses oder jenes Prinzips getroffen wurde. In der Basis der Partei hatte man diesen Zustand viel grüher begriffen. Die einfachen Mitglieder waren von Apathie und Gleichgültigkeit gegenüber den politischen Auseinandersetzungen ergriffen. Die mittlere ^{oder} Bürokratie war ängstlich bestrebt, das Minimum an Privilegien, das sie der grossen Masse der hungernden und verletzten Arbeiter und der Hauptmasse der ländlichen Bevölkerung gegenüber besass, nicht unnötig zu riskieren. Die verschiedensten Gruppen von Arbeiteroppositionen hatten sich in den ersten Jahren abgekämpft, waren zugrunde gegangen; einige der besten ihrer Führer haben sich in ihrer Verzweiflung das Leben genommen. /x/

/x/ Einer der Führer der Arbeiteropposition, Lützwinow, war 1922 strafweise nach Berlin versetzt worden. Dort arbeitete er in der russischen Handelsvertretung als Spezialist. Eines Tages meldete sich bei ihm eine Gruppe deutscher Offiziere, die mit ihm die Verhandlungen fortzusetzen wünschten, die sie bisher mit Karl Radek geführt hatten. Nach Moskau zurückgekehrt wurde Lützwinow von demselben Radek der Verbindung mit der deutschen Konterrevolution beschuldigt. Lützwinow zerhaute diese Radeksche Intrigue durch einen Zorn Ausbruch in einer Sitzung des Politbureaus. Wenige Wochen später nahm er sich das Leben, da er die innere Lage der Partei als hoffnungslos und ausweglos ansah. Lützwinow hat in Verbindung mit der Opposition der KPD gestanden; Maslow und ich hatten gute persoenlichkeitsliche Beziehungen zu ihm und erfuhren vieles ueber das innere Leben der russischen KP durch seine Berichte.

Tausende von Arbeiterkommunisten waren verschickt und verhaftet worden, einfach fuer das Verbrechen, eine andere Meinung

als die Parteileitung zu haben; sie hatten keine Zeugen, keine Verteidiger, keine Möglichkeit der Flucht in die Öffentlichkeit. Verzweiflung und Zersetzung hatte sich gerade innerhalb der proletarischen Basis der Partei breit gemacht, ein Ausdruck der allgemeinen Misstimmung der Industriearbeiterschaft im Lande und der schweren wirtschaftlichen Krise.

Die Ernte des Jahres 1924 war schlecht gewesen, das Niveau des Lebens dadurch weiter gesenkt worden. Die an sich miserablen Löhne wurden noch durch verschiedene Mittel weiter herabgedrückt; unzählige freiwillige Sammlungen fuer die Partei und alle möglichen Nebenorganisationen waren eine Art unbestimmter aber intensiver Besteuerung des Arbeitereinkommens, die sehr drückend empfunden wurde. Die Arbeitsbedingungen selbst waren schlechter als in entwickelten kapitalistischen Ländern; die Normen der Produktion wurden erhöht, die Akkordarbeit verschärft, die Lohnkategorien in kompliziertester Weise abgestimmt, die Spanne zwischen der Spitze der gelernten Arbeiter und der Basis der ungelernten Arbeiter sehr weit gehalten. Auf dem Lande herrschte Arbeitslosigkeit und Unzufriedenheit, die Bauern empfanden die Getreidesteuern als besonders drückend; dazu kamen die Zwangsmassnahmen, die sich aus der Lebensmittelknappheit ergaben, Konfiskationen, Requisitionen, administrative Verhaftungen, brutales Auftreten der Staatsburekraten im Dorfe. Resultat: auch die armen Bauern beteiligten sich nicht an den Sovietwahlen, isolierten die kommunistischen Abgesandten im bauerlichen Milieu.

Arbeiterkorrespondenten der Partei und Partei delegierte werden von den gereizten Bauern ermordet; die Stimmung ist kritisch und bedrohend fuer die Kommunistische Partei im Dorf.

Die bauerliche Unzufriedenheit kulminiert in einem Bauer-

naufstand in Georgien im Juli-August 1924, der durch Spezialtruppen der GPU blutig unterdrueckt wird; eine Reihe von fueherenden sozialdemokratischen georgischen Politikern wird hingerichtet; die Kommunistische Partei Georgiens einer strengen Reinigung und Umgruppierung unterzogen.

Es ist charakteristisch fuer die Beziehungen der russischen Partei zu den Kominternparteien, dass die auslaendischen Delegierten des 5. Weltkongresses, der in diesen Wochen in Moskau stattfand von allen diesen Vorgaengen innerhalb Russlands offiziell nichts und inoffiziell nur unvollstsendige Bruchstuecke geruechtweise erfuhren. Waehrend der schweren Zusmmenstoesse in Georgien, wurden im Kremlsaale eine ganze Reihe von Reden ueber die internationale Revolution gehalten, ohne dass die zugespitzte Lage innerhalb Russlands ernsthaft berichtet und ernsthaft in die politische Konzeption des europaeischen Kommunismus einbezogen wurde.

Nach dem georgischen Aufstandent schloss sich Stalin die Politik der Partei grundlegend zu aehdern und er bereitete diese Aenderung administrativ auf das sorgfaeltigste vor.

In der Partei wurde ein Klima geschaffen, in dem die "internationalistische Abenteuerpolitik der Komintern" als eine Belastung des notwendigen Ausgleichs der Staatspartei mit der Bauernschaft hingestellt wurde.

Die Debatte um die Komintern war im Grunde auch nur eine Scheindebatte. Die Komintern, in der Leninschen Konzeption eine internationale Kampforganisation, war nie ueber den Ansatz hinausgekommen. Mindestens seit 1921, seit dem Kronstaedter Aufsand unddem Vertrag von Rapalle, war ein entscheidender Funktionswandel der Komintern eingetreten. Innerhalb der russischen Partei herr-

sichte in der Spitze eine zynische Einschätzung der Komintern als ein nützerches oder auch unnützes Hilfsmittel der russischen Außenpolitik, in der Basis der Partei, in der Arbeiterschaft herrschte Gleichgültigkeit und Skepsis, im Dorf war die Komintern ein Propagandamechanismus ohne Bedeutung.

Die Hetze gegen die Komintern war eine Hetze gegen Sinowjew. Sinowjew besass mit der Komintern ein machtpolitisches Organ fuer seine Position innerhalb der russischen Regierungsspitze; er war am weitesten im Westen bekannt, er verfuegte ueber zahlreiche persoenliche Beziehungen in allen Laendern der Erde, er besass ein internationales Verlagssystem, durch das er in vielen Sprachen seine Auffassungen und die Auffassungen seiner Anhaenger verbreiten konnte. Die Kominterfunktion, plus die Funktion des Leningrader Parteisekretariats war eine Machtposition von sehr grossem organisatorischen Schwergewicht, das sie dem Generalsekretariat Stalins fast ebenbuertig machte. Vom Inner-Parteilichen Standpunkt gesehen war eine solche Position viel gefaehrlicher als eine Staatsfunktion, ja selbst als das Kommando der Roten Armee durch Trotzki, da die Rote Armee von Anfang an unter einer Kontrolle der Parteizentrale stand und keinerlei Selbstaeendigkeit besass.

In diesem Zusammenhang wurde die Kommunistische Partei Deutschlands und ihre Stellungnahme in den inner-russischen Parteifragen zeitweilig von ausschlaggehender Bedeutung. Die organisatorische Festigung der deutschen Partei 1924-1925 wurde trotz des zeitweiligen Verlustes an parlamentarischen Einfluss von den russischen Politikern als ernster Faktor eingestellt. Die deutsche Partei entwickelte sich in diesen Jahren bei allem scheinbaren Formismus und mithilfe der viel verschrienen "Bolschewisierung" in der Richtung der Selbstaeendigkeit, der groesseren Unabhaengigkeit

vom Moskauer Zentrum. Das gesamte russische Politbureau, Sinowjew inklusive, hatte diese Selbstaeendigkeitstendenzen seit 1923 mit Unruhe beobachtet und sie soweit wie moeglich durch Interventionen zu stoeren versucht. Als Sinowjew in seinen Konflikt mit Stalin geriet, war der Gedanke der fraktionellen Ausnutzung der "unabhaengigeren" linken deutschen Fuehrung mehr als naheliegend. Stalin diesen fuer ihn gefaehrlichen Punkt und handelte auf zwei verschiedenen Linien dagegen.

Im Februar 1925 empfing Stalin den deutschen kommunistischen Schriftsteller Wilhelm Herzog und unterhielt sich mit ihm lange und oeffentlich ueber die deutsche kommunistische Partei. Dieses Interview allein war bereits eine Durchbrechung des Parteizeremoniells, da internationale Politik im Zusammenhang mit Kommunismus ausschliesslich Sinowjew zugeteilt war. Stalin griff in diesem Interview in das innere Leben der KPD ein, aeusserte sich sehr abfaellig ueber die zu linke Politik der deutschen kommunistischen Partei, ihre ungenuegende Arbeit in den Gawerkschaftsorganisationen und ihre zu grosse Tendenz zum "Bolschewisierungsprinzip", ihre zu zentralistische Fuehrung und ihren Mangel an Parteidemokratie. Das war ein unverhuellder Angriff auf Sinowjew und nichts sonst und wurde von allen russischen Politikern so verstanden; die revolutionsmueden, liquidationsfreudigen Elemente aber sahen in Stalin den aufgehenden Vorkaempfer fuer Parteidemokratie und somit auch fuer eine sich daraus aufbauende Soviet-Demokratie.

Ein Delegierter der Kommunistischen Partei Deutschlands, ein Arbeiter aus Charlottenburg - Berlin, der nach Moskau in die Komintern delegiert worden war, Max Hesse, stellte Wilhelm Herzog zur Rede und es kam zu einem Handgemenge. Dieses energische Auftreten, zusammen mit einer Reihe anderer heftiger Gegenreaktionen in der ko-

mmunistischen Partei Deutschlands veranlasste Stalin, seine öffentlichen Ausführungen inoffiziell abzuschwächen, ja bis zu einem gewissen Grade sogar zu widerrufen.

Er unternahm einen fuer die damaligen Komintern gebräuche ganz ungewöhnlichen Schritt. Er schrieb einen langen intimen Brief an A. Maslow, der im Gefaengnis in Berlin - Moabit sass. Dieser Brief wurde von dem sozialdemokratischen Abgeordneten und Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld/ "illegal" ins Gefaengnis gebracht. Maslow uebersetzte den Brief und schickte ihn an das Zentralkomitee der deutschen Partei.

Der Brief war ein unverhuelletes Buendnisangebot an die deutsche Linke gegen Sinowjew. Stalin entwickelte in einer Theorie der abgestorbenen Fuehrerkader des Bolschewismus, alter Garnituren, die beiseite geschafft werden mussten um neuen jungen Elementen Platz zu machen. Des historischen Ballasts entkleidet, war der einfache Sinn etwa der: ich, Stalin bin ein juengerer Fuehrer und habe die Absicht nicht nur das Generalsekretariat der russischen Partei in die erste politische Funktion zu verwandeln, sondern auch den Komintern apparat zu uebernehmen und ihn an den russischen Apparat anzugliedern. Sie, Maslow, sind auch ein "juengerer Fuehrer", der gegen die alte abgestorbene rechte deutsche Fuehrung kaempft, gehen wir zusammen, werfen wir den ueberlebten Sinowjew heraus, dann werden wir uns ueber die schwebenden politischen Fragen ohne jeden Zweifel leicht verstaendigen koennen.

Der Brief ist ein Dokument von Organisations - Psychologie; gleichartige Methoden sind nachher hundertfach im inneren Parteikampf verwandt worden und gleichartige Methoden werden heute im politisch-diplomatischen Spiel des zweiten Welt kriegs angewandt. Stalin beherrscht in besonders Grosse Masse den Mechanismus der

Zersetzung von Fuehrergruppen, die Angliederung der zersetzten Gruppen an sein eigenes Machtzentrum in jahrelanger, durch Technik; diese Technik beruht auf einer sorgfaeltigen Einschaetzung des politisch-sozialen Hintergrundes der Objekte.

Dieser Zwischenfall zeigte der Gruppe Sinowjew-Kamenew, das Sekretariat des Politbureaus, zum Sekretariat der "Komintern" werden wollte. In diesem Zwischenfall drueckte sich klar aus, das der Generalsekretaer Joseph Stalin keinerlei internationale Selbsttaendigkeit, auch ausserhalb Russlands, keinerlei unabhaengige Organisations Initiative, dulden wollte; nicht nur das Bezirksekretariat Ukraine, auch das Bezirkssekretariat Berlin sollte direkt vom Generalsekretariat vfm Moskauer Z.K. Haus abhaengen.

b/ Der "Offene Brief" des Exekutivkomitees der
Kommunistischen Internationale an die KPD.

August 1925.

Stalin und Sinowjew, beide versuchten, die neue Fuehrung der kommunistischen Partei Deutschlands fuer ihren Machtkampf einzuspannen. Die Konkurrenz der beiden Fuehrer des russischen Politbureaus im deutschen kommunistischen Milieu fuehrte zwischen 1923 und 1925 zu verschiedenen politischen Debatten und zu verschiedenen organisatorischen Eingriffen, ohne aber von groesserer Bedeutung fuer die Gesamtentwicklung der deutschen kommunistischen Partei zu werden.

Das aenderte sich in dem Moment, in dem die russische Parteikrise sich zuspitzte und der Kampf zwischen Sinowjew und Stalin sich zu verschaeerfen begann. Auf dem 14. Plenum des Zentralkomitees der russischen kommunistischen Partei im April 1925 kam es zur

ersten heftigen Zuspitzung zwischen Sinowjew einerseits und Stalin Bucharin andererseits in der Frage des Verhältnisses zur Bauernschaft. Stalin begann den organisatorischen Kampf gegen Sinowjew auf allen Punkten innerhalb und ausserhalb Russlands und eine der ersten Forderungen war die Beseitigung der deutschen kommunistischen Zentrale, bevor der inner-russische Konflikt in die Öffentlichkeit dringen konnte. Das Politbureau der russischen kommunistischen Partei fasste den Beschluss, auf Stalins Antrag, Sinowjew mit der Durchführung der Erledigung seiner eigenen deutschen Gruppe zu beauftragen. Sinowjew fügte sich dem Beschluss aus zwei Gründen: 1. die deutsche Linke Gruppe - Ruth Fischer /Maslow - war keineswegs hundertprozentig zuverlässig für seine, die Sinowjewsche Fraktion, sondern zeigte Tendenzen zu weitergehender Verselbständigung.

2. Sinowjew glaubte damals, dass es sich bei der Veränderung im deutschen Zentralkomitee entweder um eine vorübergehende, leicht wieder gutzumachende Organisationsverschiebung handele, oder dass seine Autorität als Präsident der kommunistischen Internationale auch der neuen Führung gegenüber sich als genügend stark und einflussreich erweisen würde.

Stalin, der eine Reihe von Sonderberichten über die Lage in der deutschen Partei zur Verfügung hatte, berechnete sicher und richtig, dass die Spaltung der linken kommunistischen Führung, der deutschen Zentrale, Sinowjew jeglicher Stütze im deutschen kommunistischen Milieu berauben würde.

Im Juli 1925 hatte der Berliner Parteitag der kommunistischen Partei Deutschlands /10. Parteitag/ ein politisches Programm angenommen, das keinerlei wesentliche Differenzen mit den Moskauer Richtlinien aufwies. Derselbe Parteitag hatte ein Zentralkomitee

gewählt, das paritätisch auf Grund der auf dem Parteitag vertreten politischen Tendenzen zusammengesetzt war und nach nächstem Parteitag im Amt zu bleiben hatte. Einige Mitglieder dieses neuen Zentralkomitees waren von dem 5. Weltkongress der kommunistischen Internationale, Juli-August 1924, ins Praesidium der kommunistischen Internationale gewählt worden, eine Funktion die ebenfalls nach den Spielregeln desselben demokratischen Zentralismus, nur durch den Beschluss des nächsten, des 6. Weltkongresses erlöschen konnte.

Die Stalinsche Intervention begann zunächst noch mit den technischen Mitteln der Demokratie, allerdings bereits in einer pervertirten /Moskauer/ Form. Eine Reihe von politischen kritischen Bemerkungen, die alle nicht auf neuen Fakten beruhten, da sich zwischen dem 10. Parteitag Juli 1925 /Berlin/ und dem Plenum der Exekutive im August 1925 /Moskau/ ueberhaupt nichts Neues ereignet hatte, was Anlass zu einer solchen Schwenkung geboten haette, wurden in einem "Offenen Briefe" des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale an die deutsche kommunistische Partei zusammengefasst. Der Kern der politischen Vorwuerfe dieses offenen Briefs bestand in der Kritik der unzureichenden und ungenuegenden massenpropagandistischen und massenorganisatorischen Methoden der kommunistischen Partei Deutschlands. Das Neue an dieser Kritik war die Zuspitzung der Verantwortlichkeit auf einzelne Personen derart, dass sie allein fuer bestimmte Misserfolge bei Parlaments- und Gewerkschaftswahlen haftbar gemacht wurden. Der Rueckgang der kommunistischen Bewegung Deutschlands wurde aus diesen Fehlern erkluert und das "innerparteiliche Regime" die zu straffe Zentralisierung der Bewegung, die "Bolschewisierung" als Ursache des Parteizustandes hingestellt. "Nicht Bolschewisierung sondern Normalisierung".

Der "Offene Brief" loeste in der Kommunistischen Partei

Deutschlands eine heftige Krise aus, er wurde ueber ein Jahr lang diskutiert; die Diskussion begann mit deutschen Problemen und ging sehr bald ueber in die Diskussion der russischen Parteikrise, die inzwischen, durch den 14. Parteitag der Kommunistischen Partei Russlands, offenkundig geworden war.

In der Technik der Intervention sind mehrere Zuege charakteristisch, weil sie die spaetere Technik der Moskauer Prozesse vorwegnehmen und zeigen, wie die in diesen Prozessen angewandten Methoden im Schosse der Kommunistischen Internationale ausgebildet und ausprobiert wurden.

Zunaechst ist zu beachten: die sorgfaeltige organisatorische Vorbereitung. Stalin fand Zeit, eine Menge von Geheimberichten ueber minimale Details der kommunistischen Bewegung Deutschlands zu studieren, die ihm von seinem Sonderagenten uebermittelt worden waren. Diese Sonderagenten hatten nicht nur Berlin, Hamburg und das Ruhrgebiet, sondern eine Reihe von Nebenpunkten sorgfaeltig studiert und aus dem Material heraus die Vorschlaege gemacht, die am ehesten zur Zersetzung der sich bildenden Parteiformationen geeignet erschienen. Die Stimmung der Unzufriedenheit innerhalb der kommunistischen Parteimitgliedschaft in Deutschland, die das Resultat der rueckklaeufigen revolutionaeren Entwicklung war, drueckte sich durch zwei verschiedene Oppositionen aus: "rechte" und "ultra-linke". Darunter verstand man, in der Sprache der Zeit, Tendenzen, die die Ursache der schwierigen Entwicklung der Partei in der zu geringen oder zu grossen Annaeherung an die sozialdemokratischen Parteiorganisationen erblickten. "Rechte" waren diejenigen, die auf einen groessere Kooperation mit der Sozialdemokratischen Partei draengten, eine intensivere Fraktionsarbeit innerhalb der Freien Gewerkschaften verlangten und im Ganzen geneigt waren, die einse-

tzende Stabilisierung als eige entgueltige Ueberwindung der Nachkriegs krise anzusehen und daraus die fuer die kommunistische Politik sich ergebenden Konsequenzen der "Demokratisierung" ziehen wollten. "Ultralinks" nannte man, ebenfalls in der Sprache der Zeit, Stimmungen, die in jeder Kooperation mit der Sozialdemokratie und den Freien Gewerkschaften ein politisches Verbrechen sahen, Stimmungen, die das Ende der Stabilisierung jeden Tag fuer moeglich hielten, und die die ausschliessliche Aufgabe der deutschen Kommunisten in der Vorbereitung fuer die bevorstehende revolutionaere Umwaelzung erblickten. Beide Tendenzen stellten zwei voellig getrennte politische Linien dar; Stalin trat dennoch mit "Rechten" und mit einzelnen, ausgewaehlten Vertretern der "Ultralinken Tendenzen" in Verbindung, indem er ihnen beiden eine baldige Intervention zu ihren Gunsten oder eine fuer sie guenstige Veraenderung der Partei verhaeltnisse in Aussicht stellte.

Der zweite technische Kunstgriff dieser Stalinschen Intervention bestand in der Zersetzung der fuehrenden Kader. Stalin war sich ganz klar darueber, dass der Kampf in der russischen Partei lange und schwierig sein wuerde. Jede Unterstuetzung einer russischen Fraktion im europaeischen Milieu konnte gefaehrliche Auswirkungen in der russischen Partei haben. Insbesondere konnte die Stellungnahme der wichtigsten ausser russischen kommunistischen Partei, der Kommunistischen Partei Deutschlands, unter Umstaenden von Bedeutung sein. Die Zersetzung der deutschen Fuehrergarnitur durch die Herauschaelung einiger Schuldiger und die Amnestierungsaeamtlicher Uebrigen erwies sich als ein ganz ausgezeichnetes Verfahren.

Alle Vorwuefe des "Offenen Briefs" richteten sich gegen politische Beschluesse, die von der 15 Mann starken Zentralleitung der Kommunistischen Partei Deutschlands einstimmig gefasst worden waren. Maslow war im Gefaengnis und Angekla-

ger in Absentia.

Die uebrigen Mitglieder der Zentrale erklarten ganz einfach, sie seien von Ruth Fischer "vergewaltigt" worden, die Beschluesse anzunehmen. Die entsprechenden politischen Resolutionen waren umfangreiche Dokumente, abgefasst in der umstaendlichen und schwerfaelligen Kominternterminologie dieser Zeit, ihre Ausarbeitung hatte Wochen und Monate in Anspruch genommen und war durch eine Reihe sorgfaeltiger Beratungen hindurchgegangen.

Der dritte Zug der Verfahrens bestand darin, dass durch die Unterschrift des Angeklagten unter sein politisches Todesurteil, durch die Ablegung eines oeffentlichen "Suendenbekenntnisses" die Personifizierung der Schuld herbeigefuehrt wurde. In der Debatte ueber die Oktober-Niederlage 1923/24 war die "Schuld" auch auf die Parteifuehrung gelegt worden. Die angegriffene Gruppe aber wehrte sich, formulierte ihren Gegenstandpunkt, unterwarf sich zwar ~~der~~ der Parteidisziplin, blieb aber bei ihrer Auffassung und niemand verlangte von ihr, dass sie ihren Standpunkt oeffentlich widerrufen sollten. Indem man durch den "Offenen Brief" von der Spitze der linken Fuehrung verlangte die persoenliche Alleinverantwortung durch Selbstverurteilung auf sich zu nehmen wurde ein neuer "totalitaerer" Zug in die Kominternarbeit eingebaut; die Initiative fuer die Herausarbeitung dieser Methoden geht unmittelbar und direkt auf die Stalinsche Intervention zurueck.

Das vierte Manoever, das mit dem "Offenen Brief" durchgefuehrt wurde, bestand in der Diskreditierung der Kominternfuehrung Sinowjews und in der Zersetzung des engeren Sinowjewischen Kominternstabes. Im Zuge dieses Manoevers wurde eine Reihe wichtiger Persoenlichkeiten getrennt und heruebergezoegen /Manuilski, Dimitro,

Piatnitzki/. Diese Diskreditierung der Kominternfuehrung sollte sich vor allem im russischen Parteimilieu, in der Sinowjewschen Hochburg, in Leningrad, auswirken.

In der Kommunistischen Partei Deutschlands wurden auf Grund der Debatte um den "Offenen Brief" tausende von Funktio-
naeren ausgeschlossen; zehntausende von Mitgliedern gingen verlo-
ren. Ein Schicht- und Generationswechsel fand statt, der die Par-
tei von oben nach unten transformierte. Die Kader mit Buergerkrie-
gerfahrungen wurden ausgeschaltet, neue Gruppen von Buerokraten
wurden ausgebildet, die Heranziehung dieser neuen Fuehrergruppen
unmittelbar an das Stalinsche Sekretariat vorbereitet. Fuer den
Aufbau der illegalen Apparaturen, der deutschen Abteilungen der
O.G.P.U. der Militaer- und Wirtschaftsspionage war dieser Schicht-
wechsel von groesster Bedeutung.

c/ Der 14. Parteitag der russischen kommunistischen Partei
/ Dezember 1925, Moskau. /

Die Trotzkiische Opposition im Jahre 1923 war mit der
Plattform "Neuer Kurs, Parteidemokratie, Aenderung des inneren
Partei Regimes und damit Aenderung des inneren Regimes in Russland"
aufgetreten, und im Namen des orthodoxen Bolschewismus-Leninismus
besiegt worden. 1925 herrschte ein tiefes Unbehagen in der russi-
schen kommunistischen Partei, das zunaechst in Beschwerden ueber
das undemokratische innere Partei regime sich umsetzte. Aber das
Unbehagen in der russischen Partei, die Unsicherheit ueber den
einzuschlagenden Weg, hatte umfangreichere und tiefere Gruende
als die Frage des inneren Partei regimes allein. Die Niederlage
des deutschen Kommunismus im Jahre 1923 schloss die Liquidation
aller Revolutionsillusionen ab, auch bei denjenigen Gruppen der

russischen kommunistischen Partei, die 1923, keineswegs in der Mehrheit und keineswegs konsequent, auf einen Umsturz in Deutschland gehofft hatten. Alle Hoffnungen auf eine revolutionäre Entlastung Russlands im Westen hatten sich erschöpft.

Die Niederlage des deutschen Kommunismus fiel zusammen mit einer sich verändernden politischen Konstellation in Europa. Die Spitzen der deutschen regierenden Gruppen näherten sich England und durch den Dawesplan den Vereinigten Staaten; die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund wurde vorbereitet. Diese deutsche Politik der Entspannung der deutsch-europäisch-englisch-amerikanischen Beziehungen wurde in Russland mit Unruhe beobachtet als einer möglichen Vorbereitung eines sich neu organisierenden Interventionsblockes.

Dazu kam die kritische Lage im Innern Russlands. Auf dem Lande war die proletarische Diktatur unpopulär, das Verhältnis zu den mittleren Bauern gespannt, zu den grossen Bauern feindselig. In der Stadt, in der Fabrik, herrschte Unzufriedenheit und Stagnation; teilweise kam es zu Streikbewegungen; die Stimmung der Arbeiterschaft war kalt, abwartend, "desillusioniert".

Das Unbehagen in der Partei schlug in Unzufriedenheit der mittleren und oberen Parteibürokratie mit der Parteiführung um; die "grossmaulige" "fantastische", störende Kominternpolitik war der Zielpunkt vieler Angriffe von Ökonomen und Parteipolitikern in hoher Staatstellung, die mit diesen Angriffen ausdrücken wollten, dass eine russische Politik gefunden werden musste, die von der Tatsache der Isolierung Russlands ausging und die jede internationalistische Illusion abstreifte.

In diesem Übergangsstadium unruhiger Unzufriedenheit wurde Joseph Stalin zum Repräsentanten der Stimmungen der Partei-

bureaukratie und des Staatsapparates. Revolutionaere und internationalistische Programme klangen in der Atmosphaere der sich entwickelnden europaeischen Stabilisierung nur noch wie leere und sinnlose Phrasen, in krassen Widerspruch zur Wirklichkeit. Eine Politik der inneren Befriedung in Russland, des Ausgleichs der erschien als notwendiger, vermeintlicher "Ruckzug".

Der 14. Parteitag der Kommunistischen Partei Russlands fand im Dezember 1925 in Moskau statt. Auf dem Parteitag kam die schleichende Krise im Politbureau zur Explosion. Es war der russischen Partei bisher gelungen das "Gesicht zu wahren" und der oeffentlichen Debatte auszuweichen. Die Delegiertenwahlen zum Parteitag waren unter festen fraktionellen Gesichtspunkten erfolgt; Stalin-Bucharin hatten die Mehrheit hinter sich, Sinowjew-Kamenew traten an der Spitze der Leningrader Organisation auf, von der aber auch einige Delegierte die Stalinsche Politik unterstuetzten. Im Anfang des Parteitags trat die Stalinsche Mehrheit vorsichtig auf; man war nicht sicher, ob nicht ein Teil der Delegierten zur Minderheit uebergehen konnten. Im Laufe des Parteitags befestigt sich die Mehrheit und organisierte den Kampf gegen die Opposition in der Form eines "ideologischen Pogroms".

Bucharin hatte vor dem Parteitag in einer Reihe von Referaten und Artikeln die Linie der Neo-Nep entwickelt, Die Schlagworte dieser politischen Konzeption, "das Gesicht dem Dorfe zu" und "Bereichert Euch" /x/ vergroeberten das Bucharinsche Programm des geordneten Ruckzuges. Die Industrialisierung sollte auf einem schwer-industriellen Sektor schraenkt werden, mit den baeuerlichen Eigentuemern sollte Frieden geschlossen werden. Bucharin's Programm war mehr als der Verzicht auf die Weiterfuehrung des "Klassenkampfes im Dorfe". Es war die Idee aus der grossbauerlichen

russischen mit primitiv technischen Mitteln betriebenen Wirtschaft einen individualistisch produzierenden Farmer zu zuechten, der seine prosperierende privateigentuemliche Arbeit mit dem staatskapitalistischen Sektor auf freiwilliger Basis koordinierte.

/x/ Berühmtes Schlagwort des von Marse in Kommunistischen Manifest erwähnten französischen Minister Guizot, Minister des "Bürgerkönigs" Louis Philippe 1830.

Die Planwirtschaft sollte sich bewusst auf einen Sektor der Schwerindustrie beschränken und den privaten Handel in den Städten weitgehend zulassen. Die Neo-Nep war die Konzeption einer "gemischten Wirtschaft" wie sie ursprünglich von den Austro-Marxisten und später von vielen europäischen und amerikanischen Ökonomen auch für die "normale" kapitalistische Wirtschaft entwickelt wurde /x/.

/x/ Vor dem Parteitage war ein Artikel des Professor Ustrjalow erschienen, der die Bucharinschen Auffassungen noch schärfer noch "liquidatorischer" darstellte und auf den Sinowjew in einem Artikel betitelt "Philosophie der Epoche" geantwortet hat.

Das Referat Stalins gab den Hintergrund dieser Neo-Nep in einer Analyse der Weltlage, die ausging von der Feststellung dass sich "Europa in einer Periode der Ebbe der revolutionären Welle befindet und dass der Kapitalismus sich aus dem Chaos seiner Produktion herausgearbeitet hat". /xx/

/xx/ Inprekorr, Januar 1926.

Die Uebertreibungen Bucharins, das "Bereichert", wurden abgelehnt, aber der Gesamtplan des neuerlichen Rückzuges der Sowjetdiktatur zu einer Wirtschaft von gemischt staatskapitalistisch-

em und grossbauerlich-privatkapitalistischem Typus zur Grundlage der kuenftigen kommunistischen Politik gemacht.

Diese vorsichtige Rueckzugspolitik war kombiniert mit den Reorganisationsplaenen für die Partei. Der Kern dieser Organisationsplaene war die Einräumung besonderer Vollmachten für den Generalsekretaer Stalin.

Sinowjews Korreferat gegen Stalin versuchte, vergebens, die Grundfragen der neuen Politik zu behandeln. Nach Sinowjew handelte es sich viel weniger um die Frage des Verhaltens zum Bauerntum als um die Arbeiterfrage selbst. Sinowjew erklarte, dass es sich viel weniger um das Verhaeltnis zum Kulaken als um das Verhaeltnis der Bureaukatie zur Arbeiter klasse handell. Von Kamenew unterstuetzt, bezeichnete er, die Staatsindustrie als staatskapitalistisch; die Vergesellschaftlichung allein sei kein ausreichendes Merkmal fuer den sozialistischen Typus der Industrie, dafuer seien die Verhaeltnisse innerhalb der Staatsindustrie, die Arbeitsverhaeltnisse, die Beziehungen zwischen Arbeitern und Staatsverwaltung ausschlaggebend. Der Arbeiter hat auch innerhalb der vergesellschaftlichten Produktion die Rolle des Ausgebeuteten und nicht des autonomen Produzenten.

Die Oppositon versuchte diese Frage zur Kernfrage des Kongresses zu machen; Sinowjew, Kamenew, Sokolnikow und Safarow traten in demselben Sinne auf. Die Stalin-Bucharinsche Richtung reagierte auf diesen Punkt mit besonderer Empfindlichkeit; Der Sovietoekonom Larin fasste die Auffassungen der Mehrheit am scharfsten zusammen.

"Die Auffassungen der Opposition ueber den Staatskapitalismus haben wichtige praktische Schlussfolgerungen; wenn Kamenew und Sinowjew wegen der technischen Rueckstaen-

digkeit unserer Industrie und wegen der oekonomischen Rueckstaendigkeit, d.h. wegen des kleinbuergerliche Charakters unseres Landes alles auf die internationale Revolution setzen, ist das nicht viel schlimmer als die Auffassung der Opposition im Jahre 1923?" /Zitiert nach Inprekorr, Januar 1926/

Sinowjew und seine Gruppe spitzte die Debatte auf die Frage des "Staatskapitalismus" zu weil von der Beurteilung des gegenwaertigen Stadiums der Sovietentwicklung, die politischen und die Parteifragen weitgehend abhingen. Beide Seiten zitierten reichlich Lenin; es ist aber kein Zweifel, dass soweit es sich bei Lenin um durchdachte Analysen der Sovietwirtschaft handelt, diese mehr in der Linie der Sinowjew-Kamenwschen Auffassungen liegen. Lenin hat die Untersuchung ueber den Charakter der Soviet-Oekonomie nach Eroberung der Macht nicht in zusammenhaengender durchgearbeiteter Analyse entwickelt. Alles, was er darueber sagt, ist apokryph und der Ausdeutung unterworfen. Trotzdem versuchte jede Seite, den Zeugen Lenin in der Debatte fuer sich auszunutzen. Sinowjew-Kamenew stuetzten sich vor allem auf Ausfuehrungen Lenins in einem Artikel ueber Genossenschaften, einer der letzten Artikel, und der als ein politisches Testament betrachtet wird:

".....Sie dachten, man koenne jene Ordnung /merken Sie sich jene Ordnung, fuegt Sinowjew hinzu/ keine staatskapitalistische Kennen, in der die Produktionsmittel der Arbeiterklasse gehoeren und die Staatsmacht der Arbeiterklasse gehoert. Sie haben jedoch ausser acht gelassen, dass ich die Benennung "Staatskapitalismus" erstens darum gebrauchte, um die historische Verbindung unserer heutigen Position mit der Position in Verbindung mit meiner Polemik gegen die sogenannten "linken Kommunisten" herzustellen; bereits damals

habe ich darauf hingewiesen, dass ein Staatskapitalismus eine hoehere Form waere, gegenueber unserer gegenwaertigen Wirtschaft; es war fuer mich wichtig, den erblichen Zusammenhang zwischen dem gewoehnlichen Staatskapitalismus und jenen ungewoehnlichen, ja ganz ungewoehnlichen Staatskapitalismus aufzuweisen, ueber den ich gesprochen habe, als ich den Leser in die neue Wirtschaftspolitik einfuehrte." x/

/x/ Inprekorr, Januar 1926.

Sinowjew erklarte, die Frage des Staatskapitalismus sei die Grundlage der Entscheidung ueber die weitere Politik. Wenn die Staatsindustrie staatskapitalistisch sei, dann gebe es in den Staatsunternehmen eine Ausbeutung von Arbeitern und dann muessen Wege gesucht werden um die Arbeiter vor Ausbeutung zu schuetzen, d.h. eine solche Organisation der politischen Superstruktur des Landes zu erreichen, dass die Arbeiterklasse dem staatskapitalistischen Ausbeuterstaat gegenueber Selbstaendigkeit und Kontrollkraft behalte oder wieder erhalte.

Im Kern ging die ganze Auseinandersetzung um die Frage der Sowietdemokratie. Deshalb war das stalinsche Zentrum so gereizt und so energisch in der Abwehr des Terms Staatskapitalismus. Nur im Falle der totalitaeren Identitaet der Interessen der Staatswirtschaft mit denen der Arbeiter und der grossen Masse der Bauernschaft schlechthin konnte das Monopol der Staatspartei, gerechtfertigt, aufrecht erhalten und weiter verstaerkt werden. Nur wenn die Staatswirtschaft schlechthin Sozialismus ist, ist die monopolistische Staatspartei schlechthin Arbeiterpartei oder sozialistische Partei und der Diktaturstaat schlechthin Arbeiterstaat. Stalin Gegenthese vom Aufbau des Sozialismus in einem Lande war der ideologische Ueberbau des Kampfes um die Allmacht des Generalsekre-

tariats innerhalb und ausserhalb Russlands.

Es ist an dieser Stelle unzweckmaessig auf die Debatten um die Frage des Staatskapitalismus in Russland weiter einzugehen; es sei nur vermerkt, dass diese Frage heute von entscheidender Bedeutung wird und dass sie bei der Entwicklung der neuen Kommunistischen Parteien im Nachkriegseuropa zum Hauptgegenstand des Kampfes gegen den Stalinismus wird. Deshalb sind auch die chiffrierten Debatten des 14. Parteitages von der grossten aktuellen Bedeutung. Der Stalinsche Ausrottungskampf gegen die Opposition, die neue Soviet-Oekonomische Theorie und viele andere Zeichen beweisen, dass es sich hier um die Kernfrage der Stalinschen Diktatur handelt.

Sinowjew fasste im Schlusswort das Programm der Opposition zusammen:

- 1/ Bekaempfung der revisionistischen theoretischen Richtung der "Roten Professoren".
- 2/ Unzulaessigkeit einer Revision des Leninismus in der Frage des Staatskapitalismus /stuermische Zwischenrufe, Laern, Ausrufe: wiederholen Sie!/
3/Parteidemokratie
- 4/ Einstellung der Hetze gegen Leningrad.
- 5/ Heranziehung saemtlicher Kraefte aller ehemaligen Richtungen und Gruppierungen zur Mitarbeit.
- 6/ Sicherung der Waehlbarkeit der Funktionaere /der Partei/
- 7/ Aufrollung der Frage des Sekretariats in der erste Sitzung des neugewahlten Zentralkomitees.

Der Parteitag reagierte in seiner Mehrheit in der heftigsten und provokatorischsten Weise auf diese Vorschlaege. Zu den stuermischsten Zusammenstoessen kommt es in der Frage des Sekretariats. An dieser Debatte um das Sekretariat nimmt Kirow einen hervorragenden Anteil. Kirow war als oppositioneller Delegierter der Leningrader Opposition auf den Parteitag delegiert worden.

Er war von Stalin auf dem Parteitag zu sich heruebergezo-gen worden. Woroschilow, Leiter der Roten Armee, setzte sich ruecksichtslos fuer das Stalinsche Sekretariat ein:

"Die Opposition will die Wechselbeziehung zwischen Politbureau und Sekretariat aendern, aber die Opposition versteht es nicht, welche grosse Arbeit das Sekretariat ausfuehrt. Das Sekretariat beschaeftigt sich mit keiner Politik."

Woroschilow faehrt im Biedermannstone fort und fragt "was wollt Ihr eigentlich mit Euerem Gerade von kollektiver Leitung im Politbureau?" Kollektive Leitung ist nicht kollektive Leitung im Politbureau, sondern die Leitung durch das gesamte Zentralkomitee.

Auf dem Parteitag herrschte trotz alledem Unbehagen, ueber die Uebergabe der Gesamtleitung der Partei und damit der Staats-geschaeft in die Haende eines Mannes, ueber die Zerstoerung des politischen Kollektivs, des Politbureaus, des letzten Regierungsgremiums, das Russland besessen hat, in dem die Ausuebung der Staatsmacht auf eine Gruppe von 9 Personen doch soweit verteilt war, dass eine Aenderung der Politik durch Meinungs-differenzen in diesem Gremium denkbar erschien. Der Parteitag wusste, dass es sich darum handelt eine persoenliche Diktatur aufzurichten, in der alle Machtvollkommenheiten in den Haende eines Mannes zusammen-laufen werden.

Der Gewerkschaftler Tomski trat deshalb als Versoehner und Abmilderer der Gegensaeetze auf:

"Ebenso laecherlich sind die Versuche Kamenews, die Lage so hinzustellen, als ob Stalin die Alleinherrschaft anstrebe und die Mehrheit des Politburea ihn darin unterstuetze. Im Politbureau wird eine wahre kollektive Fuehrung ausgeuebt, niemals wird das System alleinherrscherischer

Fuehrer zugelassen werden: dieses System kann und wird nicht existieren."

An dieser Stelle verzeichnest das Protokoll stuermischen Beifall, ein Zeichen fuer Stalin, das trotz der Mehrheit des Parteitages der Kampf noch nicht gewonnen ist. Deshalb ist Stalin in seinem Schlusswort im Ton sehr gemaessigt, er hat die Diskussion, die Hetze organisiert, die Abstimmung ist sicher und klar fuer ihn, und er kann sich eine relativ gemaessigte Antwort und ein pathetisches Bekenntnis zum Sozialismus und Internationalismus leisten. Nachdem er durch den Parteitag faktisch zum Staatsdiktator ernannt worden ist, wendet er sich mit besonders demokratischer Geste an die europaeische Arbeiterklasse und stellt sich als gemaessigter, fast parteiloser Sozialist, und als echter Arbeiterdemokrat vor:

"Immer zahlreicher kommen die auslaendischen Arbeiter" so sagt Stalin, "nicht nur als Freunde oder als Brueder, sondern als wahre Kontrolleure der europaeischen Arbeiter-klasse. Sie reisen herum, und man zeigt ihnen unsere Fabriken und Einrichtungen, nicht wie irgendwelchen neugierigen Kursanten, die man belehren will, sondern wie Leuten, denen man Rechenschaft ablegt ueber unser Tun und Lassen. Sowietrussland ist das Eigentum der europaeischen Arbeiterklasse und sie haben sich einzumengen und wir erwarten und hoffen, dass dann die Arbeiterklasse Europas Sowietrussland verteidigen wird im Falle einer kapitalistischen Intervention. 1550 solcher Delegationen sind schon dagewesen "und nun folgt ein echt Stalinsches Detail, "16 sind noch im Anzuge." /x/

/x/ Der Parteitag nahm mit 559 gegen 65 Stimmen, bei 41 Enthaltungen, die Stalin-Bucharinsche Plattform an.

Alle Zitate sind der deutschen Uebersetzung des russischen Parteitagskontrollis entnommen, die in der "Inprekorr" Jahrgang 1925, Seite 2500 ff veroeffentlicht wurde.

Anhang zu Absatz I.

a a/ Stalin an Maslow, 23. Februar 1925.

Gehrter Genosse Maslow,

....Bei uns in Russland fand der Prozess des Absterbens einer ganzen Reihe "alter Fuehrer" aus der Reihe der Literaten immer statt. Er verschaeufte sich in Perioden revolutionaerer Krisen, er verlangsamte sich in Perioden der Kraefteansammlung aber er fand stets statt. Die Lunatscharski, die Prokowski, die Strojew, die Roschkow, die Goldenberg, die Bogdanow, die Krassin, das sind die besten Muster, die mir gerade in den Sinn kommen, von gewesenen bolschewistischen Fuehrern, die dann zur zweiten Rolle uebergegangen sind. Das ist ein notwendiger Prozess der Erneuerung der leitenden Kader einer lebendigen und sich entwickelnden Partei.

.....Die KPD waechst und bewegt sich vorwaerts und hat Erfolge ueber Erfolge. Ich spreche schon garnicht von den Erfolgen der KPD von denen Sie vollkommen richtig in Ihrem Brief schreiben. Jetzt zu glauben, dass es im ZK Menschen gibt, die den Plan haben das Rad der Entwicklung der KPD zurueckzudrehen, das heisst alzu schlecht ueber das ZK der KPR zu denken.

Vorsichtiger, Genosse Maslow.

Drittens: sie sprechen von der Linie der KPD. Es ist zweifellos, dass Ihre Linie - ich spreche von der politischen Linie - richtig ist. Dadurch werden eigentlich auch jene nahen freundschaftlichen, und nicht bloss genossenschaft lichen

Beziehungen zwischen der KPR und der KPD erklärt.....

Kann man behaupten, dass eine Teilkritik des ZK der KPD.... unvereinbar ist mit einer vollen Solidarisierung mit der allgemeinen Linie des ZK der KPD ? Natürlich kann man das nicht, was wird mit unseren Parteien, wenn wir einander treffen, sagen wir im EKKI ?wenn wir uns hinreissen lassen wuerden zu einer "Parade des vollen Einverstaendnisses" und des "Wohlergehens" und wenn wir in allen Dingen anfangen "Ja" zu einander zu sagen, ich glaube, das solche Parteien niemals revolutionaere Parteien werden koennen. Das wuerde Gummi sein und nicht revolutionaere Partei.

Mir scheint, dass einige deutsche Genossen nichts dagegen haben, von uns zu fordern zu allem ja zu sagen was das ZK der KPD tut. Ich bin ganz energisch gegen dieses gegenseitige Jasagen....

Viertens: ich bin ganz entschieden gegen die Herausschmeisserpolitik in Bezug auf alle anders denkenden Genossen ich bin gegen eine solche Politik nicht deshalb, weil ich Mit leid habe mit den anders denkenden, sondern deshalb weil eine solche Politik in der Partei ein Regime der Einschuechterung, ein Regime des Angstmachens, ein Regime, das nicht den Geist der Selbstkritik und der Initiative foerdert, zuechtet. Es ist schlecht wenn man die Parteifuehrer fuerchtet, aber nicht verehrt. Die Fuehrer der Partei koennen wirklich Fuehrer der Partei nur dann sein, wenn man sie nicht nur fuerchtet sondern in der Partei auch verehrt und ihre Autoritaet anerkennt. Solche Fuehrer zu schaffen, ist schwer; das ist eine langwierige und schwierige Sache, aber eine absolut notwendige Sache.... Die Partei kann nicht eine wirklich bolschewistische Partei genannt werden und die Parteidisziplin kann keine bewusste Disziplin sein..... Mit Massregelungen allein kann man die Sache nur verderben. Man muss den Boden

pfluegen und ernsthaft die Koepe aufklaeren....deshalb glaube ich, dass man die innerparteiliche Politik des ZK der KPD elastischer machen muss.....Schimpfen Sie nicht auf mich wegen meiner Gradlinigkeit und Schaerfe.

Ich druecke Ihre Hand,

gezeichnet Joseph Stalin

/Zitiert nach der "Aktion", Heft 9, 16. Jahrgang, ausgegeben Ende September 1926. Abdruck in der "Aktion" nach einem Rundschreiben der Linken Kommunisten, das Original ging bei einer Pluenderung von Maslowa Wohnung durch die National-Sozialisten im Maerz 1933 verloren. Der Brief ist aus dem russischen von Maslow insdeutsche uebertragen./

b b/ Persönliche Erinnerungen:

Hinter den Kulissen des 14. Parteitags.

Ich sass als "Kontrollleur der europaeischen Arbeiterklasse" in einer Art Ehrenhaft, im Parteihotel der Komintern, Hotel Lux in der Twerskaja Strasse und konnte den Parteitag nur aus der Kulisse beobachten. Ich hatte vergeblich um Zulassung zu den Verhandlungen ersucht. Nach den Spielregeln des demokratischen Zentralismus war ich eines der Kontrollorgane des europaeischen Kommunismus und meine Nichtzulassung war eine grobe Verletzung der Parteikonstitution. Ich war auf dem 5. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, im August 1924, in das Praesidium^{di} der Exekutive der Kommunistischen Internationale gewaehlt worden. Die Praesidiummitglieder hatten formal gleiche Rechte, der Vorsitzende nur eine exekutiv - administrative Funktion. Das Recht des Praesidiums bestand in der Leitung und Kontrolle aller

angeschlossenen kommunistischen Parteien, denen das Praesidium uebergeordnet war. In Namen dieser Ueberordnung reisten die Delegierten der Komintern nach Europa, nahmen an allen Sitzungen der politischen Bureau's aller kommunistischen Parteien permanent teil und liessen sich genaue Rechenschaft ueber die internsten politischen und organisatorischen Daails der betreffenden Landesparteien geben.

Die russische Partei hatte ihrerseits niemals die europaeischen Kommunisten in ihre internen Sitzungen zugelassen. Das russische Politbureau veranstaltete Sondersitzungen mit den auslaendischen Delegierten, bei denen immer europaeische und niemals russische Fragen behandelt wurden. Die Teilnahme als Gast an groesseren Parteikonferenzen war aber immerhin den auslaendischen Kommunisten stets ermoeeglicht worden; im Grunde war das eine ungefaehrliche Formalitaet, da ernste Entscheidungen und politische Differenzen hinter den verschlossenen Tueren der Zentralkomitee-Sitzungen ausgetragen wurden.

Ich hatte die Zulassung nicht nur aus formal demokratischen Gruenden mehreremale energisch beim Sekretariat angefordert. Die deutsche Frage, d.h. die Frage des zugespitzten persoenlichen Kampfee gegen mich und Maslow spielte auf dem Parteitag eine Rolle und ich verlangte mehreremals, auch waehrend des Parteitags schriftlich, um Gehoer, um mich gegen die vorgebrachten Anschuldigungen verteidigen zu koennen. Ich besass ausser der Praesidiumsfunction noch ein spezielles Mandat der KPD und der Berliner Organisation der KPD, aber Stalin fuerchtete viel zu sehr eine Unterstuetzung der Sinowjewschen Fraktion durch mein Auftreten, als das er bereit gewesen waere mir wiejemand, den man "Rechenschaft ablegt ueber unser Tun und "assen", das Recht zu geben,

mich "einzumengen".

In Moskau herrschte eine ausserordentlich zugespitzte Krisen Stimmung; alle fuhrernden Parteifunktionaere waren vom Fieber des Kampfes ergriffen.

"Der Kongress fand Mitte Dezember in einer so hitzigen Atmosphaere statt, wie es auf unseren Parteikongressen seit vielen Jahren nicht mehr der Fall war." /x/

/x/ N. Popoff: Geschichte des Bolschewismus. Vol.II.Seite 249

Stalin liess mich zwar auf dem Kongress nicht zu und beschimpfte mich dort oeffentlich in schaeferster Form, gleichzeitig aber schickte er mir verschiedene private Abgesandte, die mich fuer seine Fraktion gewinnen sollten. Bela Kun, der Fuehrer der Ungarischen Kommunistischen Partei, ein frischer Ueberlaeufer von Sinowjew zu Stalin, erschien mit folgendem praecipisen "V ersoehnungs-vorschlag":

"Geben sie uns zwei Zeilen gegen Maslow. Das kann in ruhiger sachlicher Form geschehen. Sie brauchen bloss klar zu sagen, dass Sie in der Frage seines Auftretens vor dem Leipziger Reichsgericht mit seiner Haltung nicht einverstanden sind. Wenn Sie das tun, werden wir alle schwebenden Schwierigkeiten mit der deutschen Zentrale aus der Welt schaffen, Sie koennen auch dann selbstverstaendlich nach Berlin zurueckfahren."

Maslow war September 1925 nach lotaegiger Verhandlung, vom Leipziger Reichsgerichtshof zu 4 Jahren Gefaengnis wegen Hochverrat verurteilt worden. Der Hochverratsprozess behandelte die Vorfaelle des Jahres 1923, fuer die Maslow als geistiger Urheber verantwortlich gemacht wurde. Waehrend der Oktober-Unruhen war Maslow in Moskau zurueckgehalten worden, ein Faktum das auch dem Gericht bekannt war. Das Verhalten Maslow vor Gericht, das ich

kritizieren sollte, bestand in vorsichtiger, aber unzweideutiger Kritik der Moskauer Politik.

Von Bedeutung scheint mir die Verbindung des ideologischen Terrors mit staatlichen Zwangsmassnahmen. Ich war im September 1925 unter einem Vorwand auf kurze Zeit nach Moskau gerufen worden; man hatte mir meine Pass abgenommen und liess mich nicht zurueckfahren, eine Massnahme, die gegen die Kominterstatuten versties und auch im Rahmen und im Klima des damaligen Parteitages ungewöhnlich war. Man versuchte ausserdem, mich aus Moskau zu entfernen, indem man durch Aerztekommunissionen feststellte, ich sei so krank, dass ein Kuraufenthalt in Kislowodsk im Kaukasus fuer mich unerlaesslich sei.

Ausserdem erschien ein Funktionaer der OGPU, deutsch sprechend, Bogrebinski, jeden Tag bei mir, um mir einen Bericht ueber den Parteitag zu erstatten. Aus diesen Berichten ersah ich Tag fuer Tag die Unsicherheit und Furcht der Stalinschen Mehrheit, ihre Angst vor der Leningrader Opposition, ihre Angst vor der Tiefen Unzufriedenheit der Arbeitermassen mit der Diktatur, ihre Furcht vor dem Umgeifen der russischen Parteikrise im Staats- und Kominternapparat.

Trotzki war auf dem Kongress als Mitglied des Zentralkomitees anwesend; er schwieg, nahm nicht teil und liess sich von beiden Seiten umwerben. Stalin fuerchtete ein Eingreifen Trotzki zugunsten des Sinowjew-Kamenewschen Blocks. Bogrebinski gab mir jeden Tag einen ausfuehrlichen Bericht ueber das Verhalten Trotzki. Er haette soundso ausgesehen und sich soundso verhalten.

Bogrebinski, ein Mann Anfang der Dreissig, war ein charakteristischer Typ der neuen Stalinschen Bureaukratie. Fuer

ihn war der Aufstieg Stalins der Aufstieg seiner ganzen Schicht, die Sicherung ihres Anteils an der Staatsmacht. Bogrebinskis Freude darueber, dass Trotzki bis zum Ende des Parteitages schwieg, war echt und gross.:

"Ich habe Trotzki gesehen im Saale, in den Couloirs mit Delegierten; er hat sich zu keiner Frage geaussert, weder Zustimmung oder Ablehnung zum Ausdruck gebracht. Das ist gut so, die Hunde von Leningrad werden sich nicht durchsetzen."

Aus allen Aeusserungen Bogrebinskis sprach der Hass der neuen Kader gegen die alte Generation, der russischen Staatsbureaukraten gegen jede Stoerung des neuen Kurses.

In der deutschen Partei machte die Nachricht von der Spaltung des russischen Politbureaus grossen Eindruck. Die Gruppe Thaelmann wurde von diesen Differenzen ueberrascht; die deutschen Kommunisten wurden zum ersten mal in ihrer Mehrheit mit der russischen Realitaet konfrontiert; die Fassade der bolschewistischen Parteeinheit brach zusammen, die Forderung, dass der russische Arbeiter gegen staatskapitalistische Ausbeutung kaempfen sollte und infolge des parteidiktatorischen Regimes nicht kaempfen konnte, machte einen tiefen und zersetzenden Eindruck auf viele Russlandglaebigen kommunistischen Arbeiter in der Partei.

Die Zentrale der KPD versuchte den Gegensatz in der russischen Partei zu vertuschen. In einem speziellen Informationsmaterial der KPD Zentrale Anfang Februar 1926 wurde erkluert:

"Jeder Versuch die Fuehrer der Opposition, zu denen die autoritativsten Fuehrer des internationalen Kommunismus wie Sinowjew und Kamenew gehoeren, zu diskreditieren und

zu bekämpfen, muss mit den allers chaerfsten Mitteln bekämpft werden."

II. MILITÄRPOLITIK

a/ Beziehungen zwischen der Reichswehr und der Roten Armee.

Die Konspiration war das Prinzip der Leninschen vorrevolutionären Parteiorganisation. Bestimmte Kampfhandlungen gegen den Zarismus konnten nur von Wenigen organisiert, bestimmte technische Funktionen nur von Einzelnen ausgeübt und gekannt werden.

In der Staatspartei, deren Abteilung die Komintern war, war eine der wichtigsten Aufgaben der Konspiration: Verhleiierung aller Staatsangelegenheiten fuer die ausserrussischen, die westlichen Anhesnger des Kommunismus. Unter dem Mantel der Konspiration, als einer notwendigen Waffe im Kampfe gegen die Bourgeoisie, wurden von vorneherein eine Reihe von Angelegenheiten durch ein strenges Tabu vor aller zudringlichen Neugier der Parteimitgliedschaft geschutzt. Es haette gegen den Moskauer Hofen der Sitten verstossen, wenn europaeische Delegierte nach militaerischen und diplomatischen Geheimnissen auch nur gefragt haetten. Diese Zerspaltung der Politik, in "revolutionaere" und in "staatspolitische" Angelegenheiten, war eine unerlaessliche Vorraussetzung bei der Lenkung der europaeischen Kader.

Zu den strengst gehuetesten Geheimnissen gehoerte die Querverbindung zwischen Roter Armee und Reichswehr. Die KPD mitgliedschaft war aus jenen Gruppen revolutionaerer Arbeiter in Deutschland herausgewachsen, die sich in langen blutigen Kaempfen mit dem Offizierskorps und den von ihnen organisierten

Truppen auseinandergesetzt hatten. Der deutsche Durchschnittsarbeiter, unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit, sah in den ersten Jahren nach der Revolution in der Generalität und im Offizierskorps den Inbegriff des Inbegriff des Klassenfeindes. Die Strafexpeditionen der deutschen Armee gegen die aufständischen Arbeiter in allen Teilen des Reiches, die zahlreichen Ermordungen von Arbeiterführern, hatten einen bitteren Hass hinterlassen, der die Reichswehr unpopulär und die Junkergeneräle im Arbeitermilieu verfeindet machte.

Deshalb war Moskau besonders stark darauf bedacht, die Beziehungen zwischen Roter Armee und Reichswehr so konspirativ wie möglich zu halten. Seit 1921 waren feste und kontinuierliche Beziehungen zwischen beiden Armeen vorhanden. Am Zustandekommen des Rapallo-Vertrags /16.4.1922/ war das Reichswehrministerium führend beteiligt. In der Obersten Heeresleitung saßen die Hauptpromotoren der russischen Allianz, die Generale Schleicher und von Hammerstein, General Seekt, der Schöpfer der neuen Armee, und der Spezialist des deutschen Geheimdienstes, Oberst Nikolai. Durch zahlreiche offizielle und inoffizielle Reisen nach Russland, durch Teilnahme an den Manövern der Roten Armee, waren die Spitzen der deutschen Heeresleitung in dauerndem politischen Kontakt mit der russischen Armeeführung.

Unmittelbar nach dem missglückten Kronstädter Aufstand im März 1921, hatte die russische Heeresleitung der deutschen Reichswehr geheime Vorschläge auf Umgehung der Bestimmungen des Versailler Vertrags durch Aufbau von Rüstungsfabriken in Russland gemacht. Diese Vorschläge wurden besonders häufig durch Radek propagiert, der in zahlreichen streng geheimen Zirkeln von ausge-

wählten Reichswehroffizieren die Ideen der pan-eurasischen Grossmachtpolitik entwickelte, Von den Offiziersbesprechungen erfuhr die KPD-Leitung selbstverstaendlich nichts; die pan-eurasischen Grossmachtkonzeptionen dagegen wurden von Karl Radek auch in inoffiziellen Besprechungen mit deutschen Kommunisten eifrig vorgetragen.

Ich hatte eine enge persoenliche Beziehung zu Radek, die sich trotz grosser politischer Differenzen niemals voellig erschoepfte. In Dutzenden von Gespraechen entwickelte er mir seine Auffassungen, die er als Auffassung aller kluegeren russischen Politiker bezeichnete, Der weltrevolutionaere Prozess ist zur vorlaeufigen Verlangsamung gekommen; in Deutschland sei keine Aussicht auf eine Machteroberung durch die Arbeiterklasse vorhanden. Man muesse sich auf lange Jahre "langsamen Ringens" einstellen; in diesem langsamen Ringen sei die Hauptaufgabe die Gewinnung der sozialdemokratisch und gewerschaftlich organisierten Arbeiter fuer die allgemeinen Ideen des Kommunismus.

Dagegen sei Deutschland durch den Versailler Vertrag in der Lage einer Industriekolonie des Westens. Die deutsche Bourgeoisie sei gar keine selbstaendige Bourgeoisie mehr, sie haette ihre Funktion gewechselt und befaende sich, imfolge der Reparationsversklavung, in der Zwangslage, ein Buendnis mit Russland gegen den Westen - England, Frankreich, Amerika - zu suchen. In der Armae geabe es viele Elemente, die diese Sachlage verstehen, und die im Laufe dieses Konflikts zu uns, d.h. zu Soviet Russland uebergehen wuerden. Die Kombination Russland-Deutschland waere unueberwindlich; das Hindernis Polen muesste beseitigt

werden, und gerade das wäre ein Punkt ueber den man sich mit der deutschen Reichswehr verstaendigen koennte. Pan-europa gegen Amerika, nämlich gegen die Wirtschafts-hegemonie des ueberkapitalistischen imperialistischen Amerika, wo die Arbeiteraristokratie aus ihrer privilegierten Stellung und damit zu einer anderen Gesinnung erst durch die Vereinigten Staaten des Sozialistischen Europa gebracht werden koennte.

Das war etwa die Ausgabe der Radekschen Auffassungen fuer den kommunistischen Hausgebrauch; im militaerischen Milieu wurde das Buendnis weit praeziser, mit der Perspektive naeher Verwirklichungsmoeglichkeiten, besprochen. Neben Radek wurden zahlreiche andere Querverbindungsleute geschickt; eine Reihe von Besprechungen wurde in Moskau organisiert. "Indiskretionen", Mitteilungen von deutschen Industriellen an die englische Presse, Enthuellungskampagnen der deutschen Friedensgesellschaft, des Bundes "Neues Vaterland", der Zeitschrift Carl von Ossietzki, "Die Weltbuehne" /x/, Veroeffentlichungen in der Zeitung "La Liberte" und "Echo de Paris", foerderten genuegend Material ans Licht, um den ganzen Umfang der Zusammenarbeit einschaelzen zu koennen.

/x/ "Die Weltbuehne" 27. April 1922, Morus: "Ueber die geheimen Wirtschaftsplaene".

Die wichtigsten bekannt gewordenen Tatsachen sind folgende:

1. Die Firma Junkers errichtete Fabriken in Fili bei Moskau, in Samara, in Saratow; einen Flugplatz in Litepsk in Provinz Tambow.
2. Giftgasfabriken der Firma Dr. Hugo Stolzenberg "Bersol".
3. Trainingskamps fuer Piloten.

4. Ausbildungskurse von Chemikern und Ingenieuren.
5. Entsendung von Offiziersinstruktoren.
6. Konstruktionsversuche von U-booten durch Hauptmann Lohmann in Leningrad, am Baltischen- und am Schwarzen Meer.

Die Firma Junkers geriet in Verwaltungs- und Zahlungsschwierigkeiten; sie hatte auf Veranlassung des Reichswehrministeriums eine Reihe von Offizieren einstellen müssen und war in Konflikt mit der Heeresleitung geraten. Im Dezember 1926 hatte der "Manchester Guardian" aufsehenerregende Mitteilungen über die deutschen Aufrüstungen auf russischen Boden veröffentlicht; wahrscheinlich hat die Firma Junkers das Material durch Mittelsmänner nach England gebracht. Da alle Verträge geheim waren, konnte Junkers seine Forderungen nicht einklagen. Die Firma stellte ein geheimes Memorandum über die russisch-deutsche militärische Zusammenarbeit her, das den Abgeordneten des Parlaments zugänglich gemacht wurde und das zahllose Details über die Organisation enthielt. Im Jahre 1926 wurde die Flugzeugindustrie in Russland eingeschränkt, da nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund die einschränkenden Bestimmungen für den zivilen Luftfahrtverkehr weggefallen waren und das Reichswehrministerium die Möglichkeit hatte, von nun an die Luftaufrüstung in Deutschland selbst in größtem Umfang zu betreiben. Die Pläne der verschiedenen Industriegruppen zur Erschließung russischer Wirtschaftsgebiete durch deutsch-russische Zusammenarbeit kamen alle nicht zur genügenden Ausreife. In den Büros der deutschen Konzerne und Kartelle gab es einen Reichtum von russischen Projekten. In der Ukraine sollte die Rüben- und die Zuckerindustrie intensiviert werden, die Stinnesgruppe hatte Vorschläge für die Ausbeute der Dankohle,

Krupp interessierte sich fuer das Oel im Kaukasus, als Objekt einer Konzession. In der Ukraine, im Kuban und im Kerchgebiet sollten 25000 Deutsche angesiedelt werden.

Das Reichswehrministerium hatte 1921 eine "Gesellschaft zur Foerderung gewerblicher Unternehmungen", "GEFU", gegruendet, die dem Heereswaffenamt unterstand und zahlreiche Bankverbindungen, insbesondere bei der Dresdener- und der Darmstaedter Bank besass. Der Praesident der GEFU war General von Borries, frueherer Kommandant des 16. Armeekorps in Metz, und spaeter Mitglied der historischen Kommission des Reichsarchivs. Im Fruehjahr 1926 war soviel ueber die GEFU an die Oeffentlichkeit gedrungen, dass das Reichswehrministerium sich veranlasst fuehlte diese "Gesellschaft" aufzuloesen. An ihre Stelle wurde sofort eine Neugruendung das "Wirtschaftskontor", die "Wiko" gesetzt. Die Bankguthaben wurde in ein Privatguthaben des Oberst Senftleben verwandelt.

In der deutschen Oeffentlichkeit wurde die Behandlung dieser Angelegenheiten von zwei Seiten als Landesverrat angesehen. Wenn deutsche Pazifisten oder Sozialisten diese geheimen Ruestungen zur Sprache brachten, so wurden sie als Landesverraeter diffamiert und mit gerichtlicher Verfolgung bedroht. Fuer die deutschen Kommunisten gab es eine andere Sorte des Landesverrats, Verrat des russischen Vaterlandes, des Landes der Arbeiterdiktatur und des Sozialismus.

Innerhalb der linken deutschen Kommunisten bestand starkes Misstrauen gegenueber Radek, dessen geheime Missionen in Berlin durchsickerten. Viele einfache kommunistische Arbeiter fragen bei der Zentrale der KPD an, was an den Geruechten ueber die Zusammenarbeit zwischen den beiden Armeen Wahres sei und verlangten Aufklaerung. Ich wandte

mich in Berlin an den Delegierten der Komintern, D. Manuilski, und sprach in Moskau mit Sinowjew und O. Piatnitzki. Alle Antworten waren ausweichend; Neugierde dieser Art wurde als "Antibolschewismus" moralisch diskreditiert. In Moskau verlangte man ein glattes Mementi innerhalb der Partei, Ableugnung aller bestehenden, uns zur Kenntnis gekommenen Tatsachen und wuenschte sichtlich eine Reinigung der Partei von "antibolschewistischen" Arbeiterelementen. Die blosse Erwaechnung der Zusammenarbeit zwischen beiden Armeen erzeugte Reizbarkeit und Feindseligkeit im russischen Milieu; es war offensichtlich, dass eine Einmischung europaeischer Elemente in diesen geheimen Sektor der russischen Aktivitaet ausserhalb des Moeglichen lag.

Ich war Mitglied des Auswaertigen Ausschusses des deutschen Reichstags 1924 bis 1926. Die Sitzungen des Ausschusses waren geheim, seine Protokolle wurden nur den Mitgliedern zugaengig gemacht. Reichswarminister Gessler war der besondere Beschuetzer der deutsch-russischen militaerischen Zusammenarbeit. Nach Aussen bestritt er den Sachverhalt; im Auswaertigen Ausschuss gab er alles zu. Er verteidigte alle getroffanen Massnahmen als vaterlaendisch notwendig. Gesslers Lieblingsthema war die "polnische Gefahr". Gegen die Polen herrschte unter den verschiedenen Nuancen des deutschen Nationalismus Einmuetigkeit; selbst die groessten Russenfresser waren bereit, Gessler zuzustimmen, wenn er das russisch-deutsche Buendnis als naturnotwendig, geo-politisch unerlaesslich gegenueber der "polnischen Gefahr" begruendete.

Die deutschen Kommunisten nahmen in diesem Auswaertigen

Ausschuss eine Sonderstellung ein. Im Plenar Sitzungssaal und in den anderen Ausschüssen des Reichstages wurde sie wie Staatsfeinde behandelt; sie waren die permanente, unversöhnliche Opposition gegenüber allen Massnahmen der inneren Politik und bewegten sich ausserhalb des positiven Sektors der aufbauenden Elemente von Weimar. Innerhalb des Auswärtigen Ausschusses waren sie russische Deutsche, oder deutsche Russen, Vertrauensmänner einer befreundeten Grossmacht, zuverlässig genug um Details zu erfahren, die man anderen gegenüber mit Zurückhaltung behandelte.

Gessler erschien im Ausschuss in Begleitung einer grösseren Gruppe von Reichswehroffizieren. In zwanglosen Gesprächen, vor und nach den Sitzungen, erfuhr ich von den zahlreichen Reisen der Abgesandten der Heeresleitung nach Russland und ihren dortigen Missionen. Hunderte von Offizieren reisten dauernd hin und her; sie wurden formell pensioniert oder reisten unter falschem Namen, so z.B. Major Tschunke, der Russland unter dem Namen Teichmann besuchte.

Gessler, ein gemuetlicher süddeutscher Demokrat, erklarte mir sehr haeufig: "Die ganze Streiterei zwischen der KPD und den uebrigen Fraktionen im Reichstagssale sei laengst ueberholt. Wir, die Offisiere haben eine so gute Beziehung zu Moskau, dass ihr, die deutschen Kommunisten, ganz ueberfluessig seid. Wir werden uns mit der russischen Regierung arrangieren, eine grosse russisch-deutsche Armesorganisation aufbauen. Wir stehen ja viel besser mit den Russen als ihr. Wir sind ueberzeugt, dass die russischen Politiker klug genug sind, im richtigen Augenblick die

KPD zuzumachen und sich auf die solide Zusammenarbeit mit der deutschen Armee zu beschaenken."

Rueckfragen in Moskau ueber solche Gespraechе, ergaben scharfe Zurechtweisungen ueber die "Leichtglaeubigkeit gegenueber buergerlichem Geschwaetz."

Ende des Jahres 1926 und Anfang des Jahres 1927 wurden durch einige Zwischenfaells verschiedene der Geheimnisse bekannt und erregten einen Entruestungsturn in der kommunistischen und in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Im Hafen von Stettin waren im Oktober 1926 die Schiffe Gothenburg, Artus-Hof und Kolberg, Schiffe der Stettiner Dampferkompagnie, mit Granaten fuer die Reichswehr aus Russland angekommen. Die Hafearbeiter, die die Ladung loeschten, erhielten ein Schweigegeld in der Form von besonders hohen Loehnen und wurden waehrend der Verladeperiode auf den Schiffen gehalten. Trotzdem wandten sich einige von ihnen an den Reichstagsbgeordneten Kuenstler, Mitglied der sozialdemokratischen Partei und Vorsitzender der Organisation Gross Berlin. Fuer Kuenstler und fuer die SPD waren diese Informationen im Konkurrenzkampf mit der KPD eine aeusserst willkommene Gelegenheit zum Angriff. Kuenstler verhoerte eine Reihe von Zeugen; bei dieser Gelegenheit sammelte sich auch Material ueber die Giftgasfabrik in Trotsk, Samara, an; dort hatten deutsche Arbeiter gearbeitet; ihr geheimer Erlaubnisschein zum Betreten der Fabrik wurde photokopiert.

In der Reichstagssitzung vom 16.12.1926. verhoehnte der Abgeordnete der SPD, Philip Scheideman, die Kommunisten; von an wuerde die Reichswehr die Kommunisten mit Sowjet-granaten toeten. Die Presse, der "Vorwaerte", das "Berliner Tageblatt" /demokratisches Organ/ schlug Alarm; die SPD verlangte einen parlamen-

tarischen Untersuchungsausschuss; es kam aber nur zu einer Parteienkonferenz im Parlament, die ebenfalls, "geheim" gehalten wurde.

Die links-kommunistische Oppositionspresse bemächtigte sich ebenfalls der Angelegenheit. Dies war fuer Moskau viel unangenehmer als alle Enthuellungskampagnen der SPD. Es gab Millionen von deutschen Arbeitern, die grundsatzlich nichts glaubten, was immer die SPD gegen Russland sagte. Es war fuer die Moskauer Propaganda verhaeltnismaessig leicht, im Arbeitermilieu die SPD-Kampagnen mit der Erinnerung an die Ebert-Noske Zeit zurueckzuschlagen. Kommunistische Oppositionsblaetichen ohne grossen Verbreitungsradius, wie die "Kommunistische Arbeiterzeitung" /Organ der abgespaltenen Kommunistischen Arbeiterpartei/, die "Kommunistische Politik" /Organ der abgespaltenen Gruppe der Ultralinken/ und die "Fahne des Kommunismus" /Organ der Linken Opposition/ waren dem russischen Politbureau viel unangenehmer, Das Politbureau wandte ein beträchtliches Ausmass von Energie, diese Angriffe als "anti-bolschewistisch" zu brandmarken.

In der Reichstags Sitzung vom 10. Juni 1926 war der sogenannte "Berliner Vertrag" zwischen der deutschen und der russischen Regierung zur Abstimmung gekommen. Dieser Vertrag /unterschieden am 24. April 1926 von G. Stresemann und N.N. Krestinski/ enthielt 4 Artikel, die neben der Bestaetigung Rapallos und der Neutralitaet im Kriegsfall, die Nichtteilnahme am Boykott durch eine Koalition dritter Maechte als Ausdruck engster Zusammenarbeit formulierten. Der Vertrag war auf 5 Jahre abgeschlossen und von Geheimabmachungen begleitet, die sich auf die militaerischen Beziehungen bezogen. /x/

"Die deutsche Regierung und die Regierung der USSR werden in

freundschaftlicher Fuehlung miteinander bleiben, um ueber alle ihre Laender beruhrenden Fragen politischer und wirtschaftlicher Art eine Verstaendigung herbeizufuehren", - so lautet der Artikel 1 des Vertrags, dem noch zur besonderen Erlaeuterung ein Notenwechsel zwischen den Regierungen beigelegt war, in dem speziell von der Stresemannschen Erklaerung Kenntnis genommen wurde, dass "die Zugehoerigkeit Deutschlands zum Voelkerbund kein Hindernis fuer die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der deutschen und der russischen Regierung bildet".

/x/ Der Vertrag wurde am 24. Juni 1931 auf 2 Jahre mit einem Jahre Kueendigungsfrist verlaengert, neuerliche Verlaengering am 5. Mai 1933. Handelsvertraege: 13.10.1925, 12.12.1928.

Dieser Berliner Vertrag wurde von der Berliner Kommunistischen "Roten Fahne" richtig dahin kommentiert, dass "der Vertrag jede kriegerische Verwicklung zwischen der USSR und Deutschland ausschalte." /25.4.1926./ Damit hatte die Ostorientierung des Reichswehrministeriums sich durchgesetzt, und die "Locarnopolitik" wurde eine Annaeherung an Russland ausgeglichen.

Drei ultralinke Abgeordnete, Karl Korsch, Ernst Schwarz und Heinrich Schlagewerth, dissidente Kommunisten, stimmten gegen den Vertrag in der Reichstagssitzung. Gegen sie wurde das Feuer konzentriert. Diese "Landesverraeter" des Bolschewismus wurden mit allen Schimpfnamen belegt, die damals im Schwange waren, der marktgaengigste war "Agenten Chamberlains und Pilsudski". In der Reichstagssitzung vom 16.12.1926 hatte der linkskommunistische Abgeordnete Schwarz eine Rede gegen das deutsch-russische Militaerbuendnis gehalten. Er wurde fuer einen Augenblick zum Zielpunkt aller Angriffe. Mit allen Mitteln des damaligen Parteimechanismus versuchte man ein Auftreten anderer linkskommunistischer Abgeor-

41

dneten zu verhindern.

Ich war waehrend der entscheidenden Monate der Berliner Verhandlungen in der schon oben erwaehten Schutzhaft in Moskau zurueckgehalten worden und konnte an den Reichstagsdebatten nicht teilnehmen. Im Dezember 1926 befand ich mich ebenfalls wieder in Moskau, auf meiner letzten Reise nach Russland, um mich vor einer Kontrollkommission, der Kuusinnen-Kommission, zu verantworten. Mein Protest gegen das Militaerbuendnis war deshalb nach der Reichstags Sitzung auf Auftreten in Eeffentlichen Versammlungen beschraenkt. Die "Pravda" hielt aber diese begrenzte Protestmoeglichkeit fuer so wichtig, dass sie am 1.1.1927. in einem Leitartikel "Von Ruth Fischer bis Chamberlain" die Rede des Abgeorneten Schwarz, die linkskommunistische Opposition, die Politik der Regierung Pilsudski und die Russlandfreindliche Haltung der Regierung Chamberlain zu einem Brei mischte, zum Zwecke der Verwirrung der kommunistischen Arbeiter, die die bittere Pille des deutsch-russischen Militaerbuendnisses dadurch besser herunterzuschlucken sollten.

1927 veroeffentlichte der Abgeornete Kuenstler ein Pamphlet unter dem Titel "Soviet-Granaten - Soviet Russland als Munitionslieferant fuer die Reichswehr". Von drei Seiten, von linkskommunistischer, von sozialdemokratische und von buergerlicher, wurde das Militaerbuendnis des "sozialistischen Vaterlandes" mit der "reaktionaeren Armeefuehrung des deutschen Imperialismus" demaskiert.

Die Zentrale der KPD befand sich in unangenehmer Lage; sie musste mehrere Wochen hindurch Mitgliederversammlungen und oeffentliche Versammlungen gegen den "Soviet-Granaten-Schwindel"

abhalten. Auf der erweiterten Exekutive-Sitzung im Februar 1927 in Moskau, wurde ein Memorandum der linken Opposition Verfasser A. Maslow als "sozialpatriotisch", und "konterrevolutionaer" bezeichnet, weil es die beharrliche Einstellung des Proletariats auf die Notwendigkeit des Sturzes der eigenen Bourgeoisie, auch der mit Sowietrussland befreundeten, forderte. Heinz Neumann, der Delegierte der deutschen Partei und damaliger Vertrauensmann Stalins bekam von Stalin direkt den Auftrag, das Memorandum nicht "von rechts", sondern "von links" anzugreifen. Der Vorwurf des "Sozialpatriotismus" hatte zwar gar keinen Sinn, da nach bisherigem Wortgebrauch der Ausdruck "Sozialpatriotismus" fuer eine Politik der "Unterstützung der Bourgeoisie durch die Arbeiterklasse" und nicht fuer eine Politik des "Sturzes der Bourgeoisie", angewandt worden war. Stalin war aber sehr besorgt, sich die kommunistischen Arbeiter durch ein Zusammengehen mit der deutschen Reichswehr zu entfremden; er war besorgt, dass ein erhebliches Anwachsen der kommunistischen Opposition in Deutschland die Aufmerksamkeit Englands und Amerikas auf das deutsch-russische Mierlärabündnis lenken würde. Am bequemsten war es, die ganze Angelegenheit zu vertuschen und die Oppositionellen als das zu beschimpfen, was man selbst war naemlich als "Sozialpatrioten"; russische Patrioten, nämlich opferten die Interessen der deutschen Arbeiterklasse bedenkenlos den augenblicklichen Vorteilen der russischen Aussenpolitik.

Nach dieser von Stalin durch Heinz Neumann aufgezogenen Hetze, wagte in der KPO Führung niemand mehr offen von dem deutsch-russischen Militaerbuendnis zu sprechen. Trotzdem gab es eine geheime Opposition auf erweiterter Exekutive-Sitzung im Februar 1926, mitten in der russischen Parteikrise, In der deutschen "Kommission" der Exekutive-Sitzung ging Stalin noch einmal

persoenlich auf den Gegenstand ein, allerdings ohne die Angelegenheit beim Namen zu nennen. Bei der Besprechung der Krise in der deutschen Partei sagte Stalin:

"Einige Genossen meinen, wenn es die Interessen der USSR erfordern wuerde, muessten die kommunistischen Parteien Westeuropas auch eine rechte Politik treiben. Ich bin damit nicht einverstanden, Genossen....denn was heisst das, rechte Politik verfolgen? Kurz und schlicht heisst es: die Interessen der Arbeiterklasse ein bischen verraten".

Niemand wagte zu praezisieren, worauf sich der Ausdruck "rechte Politik" bezog. Viele wussten, worum es sich handelte. Stalin intervenierte, in der deutschen Frage, vor allem zu praeventiven Zwecken. In einer langen Rede in derselben Sitzung behandelte er die oppositionellen Gruppen sehr differenziert. Die Rede beruhte auf Detaalkennntnis und war vor allem darauf gerichtet ist, jede Vereinheitlichung der Gruppen durch Sonderbehandlung unmoeglich zu machen. Amadeo Bordiga, der Vertreter Italiens, der sich in abstrakten Formulierungen erging wurde als ehrlicher Narr gelobt; die kleinen proletarischen Sovietreuen Splitter der deutschen Linken wurden unschmeichelt und als verirrte Soehne behandelt; die Ultralinken und die Ruth Fischer-Gruppe als besonders gefaehrlich bezeichnet weil sie "Antibolschewisten" waeren. /Gefaehrlich ist Ruth Fischer" weil sie niemals das ausspricht, was sie denkt" im Gegensatz zur bolschewistischen Praxis absoluter Durchsichtigkeit und Ehrlichkeit./

Auf dem Essener Parteitag der KPD im Februar 1927 beschaeftigt sich Ernst Thaelmann besonders ausfuehrlich mit der Granatenkampagne, als eine "der schmutzigsten und raffiniertesten Methoden des Antibolschewismus".

In denselben Wochen fand eine neuerliche vertrauliche

Sitzung des Auswaertigen Ausschusses im Reichstag statt, an der als Vertreter der KPD Creutzburg und Torgler teilnahmen. Der Reichswehrminister Gessler kam ins Gedraenge. Er musste das geheime Militaerbuendnis zugeben, die Summen nennen, die sogar waehrend der Inflation nach Russland gegangen waren /nach Schaetzung des Reichstagsabgsordneten Scheidemann waren im letzten Viertel des Jahres 1926, 250 Millionen Mark ausgegeben worden, ein Drittel des offiziellen Reichswehr-Etats/. Gessler verteidigte das Militaerbuendnis damit, dass er unter anderem erklarte: "Nach dem ungluecklichen russisch polnischen Kriege hat sich die russische Regierung an Deutschland gewandt um Beistand fuer die Organisation der Roten Armee". Gessler unterstrich selbstverstaendlich den Vorteil, der fuer die Ausruestung der deutschen Armee aus der Zusammenarbeit erwachsen war; er versprach aber den Abbau dieser Kooperation, mit Ruecksicht auf die Lage Deutschlands dem Westen gegenueber und mit Ruesksicht auf die Gefahr von Enthuelungen.

Ich sprach unmittelbar nach der Sitzung am 24.2.1927 mit dem Abgeodneten Torgler, der sich noch immer der linken KPD zurechnete. Er erklarte mir, dass das Eingestaendnis Gesslers einen fuerchterlichen Eindruck auf ihn gemacht haette. "Die russische Regierung verraet uns glatt an die Reichswehr, wenn das unsere Genossen erfahren, gibt es eine Massenflucht aus der Partei". Ich schlug ihm vor, vergeblich, die Partei zu verlassen und mit seinem Zeugnis ueber das Militaerbuendnis und den inneren Zustand der KPD die Organisation einer selbstaendigen, westeuropaeischen, kommunistischen Bewegung gegen die Stalinistische Politik zu unterstuetzen. Torgler gab mir im Gespraech in jedem Punkte Recht, versuchte aber sich und mir

einzureden, dass er durch Zuwarten imstande sein wuerde, groessere Teile der KPD von Moskau abzuloesen. Er hat sich darin ebenso getauscht wie alle Anderen, die glaubten, mit einer Verzoeigerungstaktik mehr Erfolg zu haben und ist an dem Parteiapparat voellig zugrunde gegangen.

Die militaerische Zusammenarbeit wurde trotz der Gesslerschen Erklaerungen fortgesetzt. Die Anzahl der nach Russland geschickten Offiziere nahm staendig zu und umfasste 1928 mindestens 800 staendige Delegierte des Reichswehrministeriums bei der Roten Armee. Die Trainingslaeger fuer Piloten und Artillerie-Offiziere wurde in groesserem Masstabe organisiert; bedeutende Chemiker, darunter Professor Haber, reisten nach Moskau. Das Moskauer Gasinstitut, viele Betriebe der russischen Militaerverwaltung in Leningrad, in Perm, in Jekaterinenburg, in der Ukraine wurden mit deutscher Hilfe organisiert. Im August 1928 reiste General Blomberg in Begleitung hoher Offiziere nach Moskau. Ein Jahr spaeter Freiherr von Hammerstein in Begleitung des Obersten Kuehlenthal, Oberst Heim war ein staendiger Vertrauensmann; General Seekt wurde auch nach seinem Auscheiden aus dem Reichswehrministerium in die geheime Organisation des Militaerbuendnisses eingegliedert, mein Freund Valeriu Marcu, der 1921 aus der KPD ausgeschieden war, hat bis 1929 im Auftrag der Roten Armee-Leitung mit Seekt staendig Fuehlung gehalten und in einer Reihe von Faellen vertrauliche Botschaften muendlich ueberbracht, die dem Papier anzuvertrauen zu gefaehrlich war.

b/ Die geheimen Apparate der KPD in der Uebergangszeit.

Die KPD war niemals imstande, selbstaendig illegale Apparate aufzubauen und zu entwickeln. Dieser Teil der Arbeit stand immer ganz besonders unter direkter Anleitung und Fuehrung der Moskauer Staatsstellen. Im Jahre 1923, in der Periode der Vorbereitung auf den Umsturz war durch Hunderte von Instruktoeren aus Moskau ein komplizierter militaerischer Apparat aufgebaut worden, der nun in der Periode der Stabilisierung und Legalitaet ohne wirkliche Funktion dastand.

Die Organisation des illegalen Apparates war von der legalen Partei voellig getrennt. Das Zentralkomitee und das Politische Bureau hatten nicht das Recht, Bericht ueber den illegalen Apparat zu erhalten oder sich in seine Funktionen einzumengen. Ein letzter Rest von "Demokratismus" wurde der Form halber dadurch gewahrt, dass ein Mitglied des Politischen Bureaus beauftragt wurde, den illegalen Apparat im Namen der Parteifuehrung zu kontrollieren. In der Praxis vollzog sich das so, dass dieses Mitglied des Zentralkomitees - in der Uebergangsperiode 1926 bis 28 Ernst Thaelmann - in unvollstaendiger Weise von den russischen Vertrauensleuten informiert wurde und sich in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten des illegalen Apparates einmengen konnte.

Die Fuehrung des illegalen KP-Apparates lag in den Haenden russischer Vertrauensmaenner, die unter sich eine strenge Arbeitsteilung durchgefuehrt hatten. Es bestanden mindestens 3 Geheimdienste nebeneinander: die Konterspionage, die direkt der Roten Armeeleitung in Moskau unterstand; der eigentliche Militaerdienst der deutsche Partei /"M" - Apparat/; und der Zersetzungsdienst, kleine Einheiten, die die Aufgabe hatten, Reichswehr

und Schutzpolizei zu zersetzen /"Z"/. Daneben bestand der rein technische Apparat fuer Beschaffung von Paessen, Personalpapieren, Wohnungen, Verkleidungen. Dieser technische Apparat stand damals unter der Fuehrung von Mirow-Abramow, der ganz ungeniert in der russischen Botschaft Unter den Linden arbeitete. Mirow-Abramow war einer groesseren Anzahl von Parteikommunisten bekannt, da er die Paesse auch fuer die Parteimitglieder besorgte, wenn sie illegal, unter anderem Namen, nach Moskau oder nach einem anderen Lande reisen mussten. Die Taetigkeit Mirows war in Berlin ein oeffentliches Geheimnis; selbstverstaendlich wusste die politische Abteilung der Berliner Polizei, das Preussische Innenministerium und die Reichsregierung von der Taetigkeit Mirows; auch diese kommunistische Illegalitaet war eine halb geduldete Legalitaet in dem eigentuemlichen Zwielficht der russisch-deutschen Beziehungen.

Neben diesen drei wichtigen und gross aufgebauten Geheimdiensten bestanden mehrere Informationsdienste /"N" Nachrichtendienst/ Schliesslich und endlich gab es noch kleinere spezielle Einheiten, die unter dem Titel "T" /Terrorgruppen/ organisiert waren, und die bei besonderen Gelegenheiten eingesetzt wurden.

An die Spitze des Spionagedienstes der Roten Armee wurde 1925 Hans Kippenberger gesetzt. Hans Kippenberger war der direkte Vertrauensmann der russischen Behoorden.

Hans Kippenberger war der Sohn eines Hamburger Verlegers aus gut buergerlichem Milieu. Er wurde im Jahre 1927 in den Reichstag gewaehlt und wurde Mitglied verschiedener Reichstagsausschuesse. Bei ihm liefen alle Nachrichten ueber die deutsche Armee zusammen und seine Aufgabe war es, sie an den Generalstab der Roten Armee zu uebermitteln.

Im Jahre 1933 ging er nach Russland; im Jahre 1936 wurde er als Nazispion verhaftet.

"Kennen Sie den General Bredow, den Chef der Konterspionage der Reichswehr?"

"Selbstverstaendlich" antwortete Kippenberger, "ich war im Reichstag Mitglied des Armeeausschusses und Bredow kam dort oft hin".

Kippenberger hatte die Beziehungen zu Bredow im russischen Auftrag unterhalten, aber nach 10 Monaten Haft und Verhoeren gestand er in Moskau, dass er die Beziehungen zur Roten Armee im Auftrage Bredows unterhalten habe. Er wurde hingerichtet. /x/

/x/ Krivitzkij, Agent Stalins, 1940

Unter Kippenbergers Leitung war ein gutes Netz von Verbindungen zur Reichswehr und zu allen nationalistischen Organisationen ausgebaut worden. Fuer diesen Zweck waren unbegrenzte Mittel zur Verfuegung; unter den verschiedensten Vorwaenden wurden durch regelmaessige Geldzuwendungen eine Art geheimer Angestelltenapparat innerhalb der legalen und illegalen Reichswehrverbaende aufgebaut. Es versteht sich am Rande, dass der deutsche Konterspionagedienst darueber informiert war und dass die Frage wer wen betrogen hat, schwer zu entscheiden ist. Viele der Offiziersverbindungen im Milieu der Spionage und Konterspionage bestanden in "nationalbolschewistischer" Tuchfuehlung, in endlosen Zirkelgespraechen ueber die notwendige Kooperation zwischen den beiden Armeen, der deutschen und der russischen, gegen den Westen.

Der Militaerdienst der KPD wurde von russischen Instruktoren organisiert; er besass einen primitive Art von Generalstab,

in dem Artillerieoffiziere, Flieger, Maschinengewehrspezialisten, Radiotelegraphisten, Nachrichtenagenten vertreten waren. Dieser "MP" - Generalstab /Militaer-Politik/ besass ein geheimes Hauptquartier. Dort wurde Kartenmaterial ueber Deutschland gesammelt und vervollstaendigt, militaerwissenschaftliche Besprechungen ueber den Fortschritt der Kriegstechnik abgehalten. Ein angegliedertes Researchbureau studierte speziall russische und deutsche Militaerwissen schaft, gab Instruktionsliteratur und militaerische Propagandaliteratur heraus.

Die Organisation des "MP" bestand in der Aufstellung von kleinen bewaffneten Kadergruppen. Sie wurden in regelmassigen militaerischen Uebungen geschult; Nachtmaersche, Manöver fanden statt. Haeufig wurden links-sozialdemokratische Arbeiter in die Organisation hineingezogen. Manchmal wurde solche militaerischen Uebungen der Oeffentlichkeit allzu bekannt /durch Unfaelle beim Exerzieren/. Die Kommunistische Jugend wurde soweit wie moeglich in diesen militaerischen Apparat eingebaut.

Aus der Zeit des Buergerkriegs war noch eine Reihe von versteckten Waffenlagern uebrig geblieben. Der Militaer-Apparat hatte die Aufgabe diese Waffenlager zu schuetzen und in Ordnung zu halten.

Es gab eine ganze Reihe von deutschen Kommunisten, die in diesem Militaerapparat den eigentlichen Zweck der Partei erblickten. Es bildetent sich Spezialisten durch den Militaerapparat aus, die an allen uebrigen Parteiangelegenheiten kein Interesse hatten. Diese Spezialisten sahen dem Kampf gegen die "Bourgeoisie" als reine Spezialaufgabe, als Aufstand an, der fachmaennisch vorbereitet werden musste und fuer den jede sonstige

zusätzliche politische Tätigkeit und Organisation überflüssig war. Die "MP"-ler verachteten die politische Organisation und hielten die Parteidebatten für eine fast ebenso verachtliche Angelegenheit wie die Verhandlungen in der "Schwatzbude" des Parlaments.

Nach 1925 hat der russische Apparat in diesen Militärapparat wenig Energie hineingesteckt. Die militärische Instruktion und Ausbildung der Kommunisten wurde unernst und ohne Intensität betrieben, Niemand in Moskau glaubte an die Möglichkeit eines militärischen Aufstandes der Kommunistischen Partei; ein solcher kommunistischer Aufstand lag ausserhalb der Stalinschen Politik in Deutschland und die "MP"-ler wurden nur noch mitgeschleift, teils aus Tradition, weil der Apparat eben da war und nicht sterben wollte, teils zur Vernebelung der russischen Politik der Zusammenarbeit mit der Reichswehr.

Die "MP"-ler beklagten sich deshalb dauernd über Vernachlässigung; sie verlangten grössere Beachtung, mehr Unterstützung, grössere Geldmittel. Die russischen Ratgeber und Instrukteure nutzten diese Stimmung aus, um die "MP"-Genossen gegen die Partei einzustellen und eine geheime Gruppe der Unzufriedenen zu organisieren, die als Sonderorganisation in der Partei, von Moskau abhängiger als das Gros der Organisatoren, überall dort eingesetzt werden konnte, wo Gefahr für die Moskauer Linie drohte.

Die Informationsdienste hatten dagegen grossen Umfang, grosse Mittel und eine gute Organisation. Der Informationsdienst der KPD Zentrale sammelte ein umfangreiches Material über alle politischen und wirtschaftlichen Vorkommnisse. Unter

dem Titel "Arbeiterkorrespondenten" organisierte man, neben der oeffentlichen Propagandataetigkeit dieser Arbeiterkorrespondenten, interne Berichte aus den Betrieben, die von Experten sorgfaeltigst durchgesehen, und nachdem das Brauchbare vom Unbrauchbaren gesondert war in Gesamtberichten nach Moskau weitergegeben wurden. Dabei wurde von 1925 ein steigender Wert auf die Wirtschaftsspionage gelegt, Ein Mitglied der kommunistischen Partei in den Badischen Anilinwerken, Ludwigshafen, P. Steffen, Leiter der Abteilung "Chemie" der Gewerkschafts- abteilung der Zentrale, musste Deutschland schnell verlassen, da seine Spionagetaetigkeit zu sehr aufgefallen war. Dieser Zwischenfall ist als Illustration dafuer interessant, dass man trotz ausgezeichneter Verbindung mit den fuehrenden Chemikern der deutschen Industrie, in Moskau solche internen Berichte aus den Betrieben fuer wichtig genug hielt, um dafuer eine besondere Kraftanstrengung aufzuwenden.

Jede Moskauer Regierungstelle hatte ihren eigenen Informationsdienst in Berlin. Die Komintern unterhielt mehrere Informationsdienste nebeneinander. Die Informationsdienste kontrollierten sich gegenseitig und gaben ueber sich Berichte an ihre Vorgesetzten. Die Berliner Korrespondenten der "Pravda" und "Isvestia" versuchten sich das Wohlwollen fuehrender russischer Genossen 1925 bis 1927, insbesondere das Wohlwollen Stalins, durch zusaetzhliche interne Sonderberichte zu erwerben. In allen Kreisen der deutschen Intelligenz, der liberalen, sozialdemokratischen und Gewerkschaftsbewegung wurden Informatoren angeworben, die nach aussen Anti-Kommunisten, es mit ihrer Ueberzeugung durchaus fuer vereinbar hielten, mit russischen Stellen zusammen zu arbeiten.

Die spezielle Aufgabe der Zersetzungsgruppen war das getarnte Eindringen in andere Organisationen. Diese Taetigkeit muss von der der "Zellenbildung" in Gewerkschaft und Betrieb streng unterschieden werden. Die kommunistischen "Zellen" kaempften mit offenem Visier, fuer politische Plattformen und waren deutlich als Kommunisten oder Anhaenger der Kommunisten zu erkennen. Die Zersetzungsgruppen dagegen bestanden aus einfachen, unbekanntem Parteimitgliedern, oder aus dafuer eigens geworbenen Symphatisierenden, die einen "Parteiurlaub" erhielten, um in gegnerische Organisationen als Mitglied einzutreten. Ihre Aufgabe war, in diesen Organisationen voellig als Anhaenger der betreffenden Organisation aufzutreten, in keiner Weise sich als Kommunist zu demaskieren, Funktionen zu erhalten und in der Funktion durch eine vorsichtig dosierte pro-russische Propaganda, oder durch eine Verschaerfung der jeweiligen Politik der betreffenden Organisation, "Zersetzung", Zuspitzung der jeweiligen Gegensaezte zu erzielen. Die praktischen Resultate dieser Zersetzungsarbeit fuer die politische Entwicklung Deutschlands waren in diesen Jahren bedeutungslos, und koennen ganz vernachlaessigt werden. Aber die praktischen Resultate in Bezug auf die Umwandlung des Types des deutschen Kommunisten waren bedeutungsvoll; die jahrelange Taetigkeit in Apparaturen wie "M", "N" und "Z", in enger Verbindung mit den Moskauer Apparaten, ihnen befehlsmaessig in Disziplin unterstellt, finanziell von ihnen abhaengig, schuf den Typus eines deutschen Kommunisten, der mit dem des revolutionaeren Internationalisten der Buergerkriegsjahre nichts mehr gemein hatte.

Die "T" /Terror/-Gruppen, herausgewachsen aus der Buergerkriegssituation der Jahre bis 1923, bestanden urspruenglich

aus fanatisch dem Kommunismus ergebenen, entschlossenen Leuten, die sich Aufgaben stellten, wie sie im zweiten Weltkrieg von zahlreichen Partisanengruppen im Kampfe gegen die Gestapo angewandt worden sind. W.G. Krivitsky berichtet ueber eine Sitzung solcher Gruppen in Essen im Jahre 1923:

"Ich habe die Erinnerung an eine Sitzung dieser Gruppen zurueckbehalten, eines Abends in Essen, etwas nach dem kommunistischen Aufstand. Ich erinnere mich an ihre Haltung, ruhig, beinahe feierlich, als es zur Befehlsausgabe kam. Ihr Chef erklarte einfach "Es ist fuer diese Nacht". Ruhig zogen sie ihre Revolver heraus, ueberprueften sie ein letztes mal und gingen einer nach dem anderen davon. Den naechsten Morgen berichteten die Zeitungen von Essen ueber die Ermordung eines Polizeiagenten durch Unbekannte."

In verschiedenen Teilen von Deutschland handelten die "T"-gruppen aehnlich; ihre Objekte waren immer besonders verhasste Polizeioffiziere oder Spitzel. Viele von ihnen mussten nach Russland fluechten; dort konnten sie sich nicht zurechtfinden und gingen meistens in den Gefaengnissen zugrunde.

In der Uebergangsperiode wurden die "T"-gruppen zu gaenzlich belanglosen kleinen Hilfsorganen des russischen Spionagedienstes, der sie gelegentlich zu Erledigungen von unbequemen Personen verwandte.

Die drei Brueder des Parteikassierers der Bezirksorganisation Berlin/Brandenburg z.B. waren einer solchen "T"-gruppe zugeteilt worden.

Einer von ihnen, Gustav Golke, berichtete mir ueber

einen solchen Auftrag. Ein weissrussischer Offizier in franzoesischen Diensten war der Militaerspionage unbequem geworden. Er wurde in Wiesbaden zu einem Rendezvous veranlasst, bei dem er durch vergiftetes Bier umgebracht wurde. Die "T"-Taetigkeit der Brueder Golke bestand in diesem Falle in unbedeutenden Handlangerdiensten; durch die Teilnahme aber waren sie unloeslich an den russischen Apparat gekettet. Sie wurden 1926 nach Moskau geschickt und gingen dort einige Jahre spaeter zugrunde.

1926 wurde in Moskau die erste Leninschule gegründet. Offiziell war die Leitung der Schule in den Haenden der Komin-tern, faktisch in den Haenden der Konterespionage der Roten Armee. Die Schule hatte eine Geheimabteilung in der Naeh von Moskau in der eine Reihe von speziellen, konspirativen Kenntnissen gelehrt wurden. Hier wurde die Konspiration aus dem Diletantismus der Parteiarbeit auf das Niveau, eines Staatsapparats gehoben, in dem die Konspiration die allgemeine Regel des Verhhaltens und der Hintergrund aller Beziehungen der einzelnen Staatsabteilungen zueinander war.

Die Delegation nach der Leninschule war eine besondere Auszeichnung, die Schueler wurden sorgfaeltig ausprobiert, blieben zwei Jahre in Moskau und erwarben Anwartschaft nicht so sehr auf die nach aussen bedeutendsten, als auf die nach innen verantwortungsvollsten und vom konspirativen Standpunkte aus wichtigsten Posten.

Die Geldzuweisung und Gelduebermittlung von Moskau an die Berliner Zentrale wurde von Anfang an mit besonderer Vorsicht

umgeben. Die Kominterngelder wurden verwaltet von O. Piatniski, der sein Budget vom Politbureau erhielt. O. Piatnitzki ^{gruendete} sich seinerzeit eine spezielle internationale Verbindungsorganisation /OMS - ... Otdil Mejdunarodnoi Sviazi/. Piatnitzki schuf einen Spezialapparat, von Agenten des OMS, die die Kommunistischen Parteien ueberwachten und die Fragen der Geldzuweisungen entschieden. Auch die Geldzuweisungen fuer Hilfsorganisationen waren von diesen Spezialagenten abhaengig. Ein OMS-Vertreter wurde haeufig unauffaellig in den Personalbestand der Botschaften, der Konsulate oder der Handelsvertretungen eingegliedert.

Der Vertrauensmann fuer alle Geldfragen war in der deutschen Partei, Wilhelm Pieck, der die Transaktionen fuer die grossen Summen direkt in der Botschaft mit Mirow-Abramow organisierte. Im russischen Politbureau wurde entschieden, wer von den auslaendischen Kommunisten vertrauenswuerdig genug war, das Geld zu empfangen. Nach den Spielregeln des demokratischen Zentralismus haette es der Parteikassierer sein muessen, der vom Parteitag gewaehlt, mit dieser Funktion betraunt war und unter oeffentlicher Kontrolle stand. Davon war keine Rede.

Nach dem Misserfolg der Aktion von 1923, fragte sich Mirow-Abramow in Deutschland und Piatnitzki in Moskau stundenlang, wem sie von nun an das Geld der Komintern anvertrauen koennten. /Der Parteitag hatte das linke Zentralkomitee Ruth Fischer-Maslow gewaehlt, das das Vertrauen Moskaus nicht besass/. Es war eine Erleichterung fuer sie, als Wilhelm Pieck Mitglied des neuen Zentralkomitees wurde, denn dieser Veteran besass ihr ganzes Vertrauen.

Neben der Organisation aller dieser, mit russisch-deutschen Aufgaben verknuepfter, Geheimdienste, wurde Berlin und die KPD zum Stuetzpunkt des russischen Geheimdienstes fuer die ganze Welt. Die KPD stellte den durchreisenden russischen Geheimagenten sichere Wohnungen, Leibwachen, Chauffeure, Stenotypisten und sonstige Hilfskraefte zur Verfuegung. Fuer den Ausbau des internationalen Spionagenetzes wurden haeufig von der Zentrale der KPD zuverlaessige Genossen angefordert. Viele tausende deutscher Parteikommunisten traten somit unmittelbar in russische Dienste. Die OGPU-Leitung liess sich dabei von dem Grundsatz lenken, dass es zweckmaessig ist, in allen Organisationen der Partei eigene, nur von ihr abhaengige Leute zu haben. So war z.B. der Berliner Stadtverordnete Roth /KPD/ im Jahre 1926 direkt in die Dienste der GPU getreten. Die Anwerbung geschah infolge des Mechanismus der Parteidisziplin in hoechst einfacher Weise. Dem Genossen X oder der Genossin Y wurde mitgeteilt, dass sie von nun an die Parteiarbeit einzustellen haette und zur besonderen Verfuegung des auslaeandischen Genossen Z. stueuden. Der Genosse Z., Agent der OGPU, "schulete" die betreffende Person "in Konspiration"; die KPD und ihre plumpen konspirativen Methoden wurden als minderwertig und leichtfertig abgelehnt. "So wie in der Partei kann man bei uns nicht arbeiten". Eine Reihe kleinerer Auftraege erprobte die betreffenden Kandidaten, bevor sie entgueltig in den Dienst der GPU uebernommen und auf Lebenszeit verpflichtet wurden.

Sehr haeufig aber hielt es die OGPU fuer zweckmaessig, dass ihre Angestellten Parteifunktionen, auch oeffentlicher Art, weiter bekleideten, wie z.B. in dem oben erwahnten Fall des Stadtverordneten Paul Roth. Lehrer der Marxistischen

Arbeiterschule, Funktionaere der diversen Lebensorganisationen, der Internationalen Arbeiter-Hilfe, der Parteiverläge und Parteipresse traten von 1923 an in immer steigenderem Ausmasse in die Dienste der OGPU.

"Auf den Ruinen der kommunistischen Revolution schufen wir in Deutschland fuer Russland einen glaenzenden Spionagedienst, um den uns jedes andere Land haette beneiden koennen."

/Krivitzky, Seite 68/

Es bedurfte einer ganzen Reihe von Proben, bevor ein deutscher Kommunist wirklich Mitglied der OGPU werden konnte. Es gab eine ganze Abstufung von Dienstverpflichtungen; man unterschied zwischen gelegentlichen und regelmaessigen Informanten. Zwischen Freunden und Mitarbeitern; nur besonders vertrauenswuerdige Personen wurden zu eigentlichen Agenten des Apparats ernannt. Die OGPU delegierte ein Mitglied in die "Internationale Kontrollkommission der Komintern", um auch bei gelegentlichen Mitarbeitern, soweit sie Parteigenossen waren, Massregelungen durch den Kominternapparat vollziehen zu koennen.

Die deutsch-kommunistischen GPU-Agenten entwickelten bald einen besonderen Korpsgeist; sie waren stolz darauf, Mitglieder einer russischen Organisation zu sein, verachteten die uebrige Parteimitgliedschaft, jede offizielle legale Taetigkeit, und hatten ihr eigenes Rangsystem, dass davon abhing, wie "Verantwortlich" die Arbeit war, die man von Moskau zugeteilt bekam.

Anhang zum Absatz II.

a a / "Von Ruth Fischer bis Chamberlain".

"Schwarz Beweisführung ist kläglich; sie haelt keiner Kritik stand und erweist sich jener elenden und wiederwaertigen Rolle wuerdig, die Schwarz spielt. Einen Beweis dafuer, dass die Soviet Union ein "imperialistisches Land" und dass die Gesamtlinie der Komintern ein Verrat gegenueber dem Proletariat sei, ersieht Schwarz darin, dass die USSR beispielsweise waehrend der Ruhrbesetzung... das Deutschland Cunos haette unterstuetzen koennen. Es ist jedoch eine Sache fuer sich, wenn eine sozialistische Republik zwecks Befreiung des Proletariats in unterdrueckten, darunter auch buergerlichen Laendern, die von den militaerischen Kraeften der imperialistischen Raebuer geradezu abgewuergt werden, ihren Beistand erweist. Das ist ein wahrhaft revolutionaerer Weg.... Natuerlich baut Junkers Fabriken, aber wer weiss denn nicht, dass Junkers eine Flugzeufabrik ist... natuerlich bauen sie Flugzeuge. Wer aber behauptet, dass das eine Kooperation mit der deutschen Reichswehr sei, der verrat die Interessen der Soviet-Union und damit des Proletariats.... Schwarz bildet einen Block mit Chamberlain, mit Intriganten aus dem britischen Aussenamt, mit dem altersschwachen Oberverraeter Kautsky, mit den russischen Weissgardisten, den Pilsidskijuengern und mit den litauischen Gendarmen und Geheimpolizisten.... Jeder schlichte Proletarier muss daher verstehen, dass Schwarz niedertraechtigen Verrat begeht, dass er ein ungeheuerlicher Verraeter ist...."

/Pravda 1.1.1927. abgedruckt in der "Inprekorr" Januar 1927 erst im Auszug durch telephonische Uebermittlung, dann

nochmals telegraphisch vollstaendig uebermittelt und ohne
Kuerzungen publiziert./

b b / Sollen die Kommunisten "ihre" Bourgeoisie unterstuetzen?

"Unter" gewissen Umstaenden "haetten die Kommunisten
1923 fuer einen Krieg Deutschlands gegen die Imperialisten
der Entente sein muessen".

/L.Osten Lominadse /Anhaenger der Stalin Fraktion/
"Inprekorr" 20. Januar 1927./

e c / Bucharin in der 15. Moskauer Parteikonferenz
am 13. Januar 1927.

"Ihr alle wisst, dass Deutschland seinerzeit die fried-
fertigste Tendenz uns gegenueber verkoerperte, wobei hier eine
sehr grosse Rolle der Umstand spielte, dass Deutschland eine
zeitweilige nationale Versklavung, Erniedrigung, direkte Aus-
raeuberung durch imperialistische Staaten erlitt. Ich bemerke
hier u.a., dass gerade kraft einer solchen besondern Lage
Deutschlands, auch unsere Partei.... mit vollem Recht es fuer
moeglich hielt, sogar ein buergerliches Deutschland vor der
Unterdrueckung durch imperialistische Staaten zu schuetzen.....
Ich glaube, dass dieser Fall Platz griff in Deutschland nach
Beendiging des Krieges, deshalb konnte der Sovietstaat mit
vollem Recht dem versklavten Deutschland seine Sympathie aus-
druecken, waehrend alle kommunistischen Parteien mit vollem
Recht dieses Land, sogar unter den Bedingungen des buergerlichen
Regimes, gegen die imperialistischen Staaten unterstuetzen konnten.
/zitiert nach "Isvestia" 1927, Nr. 10/

III. Die Gleichschaltung der KPD

a/ Zerstoerung der KPD, und der Aufbau einer deutschen Sektion der russischen Staatspartei.

Die Jahre 1926/27 waren die Jahre, in denen Stalin um die Macht in der russischen Partei und in der Komintern kaempfen musste. Der Ausgang des Kampfes schien keineswegs von vornherein sicher zu sein: die Opposition in der russischen Partei schien ernste Chancen auf eine Veraenderung der Machtverteilung im Zentralkomitee zu haben; im "Auslande", in der Komintern musste Stalin die Parteien vollstaendig umbauen, damit sie als Zuverlaessig im Sinne der neuen Fuehrung gelten konnten.

Es ist fuer den nichtkommunistischen Beobachter schwer verstaendlich, welches Ausmass von Kraft und Energie innerhalb und ausserhalb Russlands auf diesen Parteiuabau verwandt wurde. Russland befand sich in der schwersten innemund aussenpolitischen Krisensituation; England hatte im Jahre 1927 die diplomatischen Beziehungen zu Moskau abgebrochen; die vom 14. Parteitag beschlossene Neo-Nep funktionierte nicht; die Staedte und die Armeee waren schlecht mit Lebensmitteln versorgt. Der Kulak, der reiche Bauer, hatte auf die versoehnerliche Politik der Stalin-Bucharinschen Fuehrung schlecht reagiert. Die freiwillige Getreideablieferung an den Staat ging stockend von statten. Die Stadt konnte dem Dorfe nicht die Waren anbieten, die es verlangte und die "Schere", die zunehmende Preisspamel zwischen dem agrarischen und dem industriellen Sektor milderte sich nicht ab. Nutzniesser der Neo-Nep waren Spekulanten im Dorf, Spekulanten in der Stadt. Der Lebensstandard der Arbeiterschaft und der armen Bauern blieb miserabel, die Unzufriedenheit der mittleren und

unteren Bureaukratie war gross. In dieser Situation verwandte Stalin ein ueberraschend grosses Ausmass von Mitteln und Zeit auf die Zerstoerung der "linken", "antibolschewistischen" Opposition innerhalb der KPD.

Auf der Sitzung der Erweiterten Exekutive, im Februar/ Maerz 1926 in Moskau, herrschte eine Art Waffenstillstand zwischen der Stalingruppe und der Sinowjewgruppe. Die Exekutive beschloss deahalb auf Antrag der russischen Delegation ueber den 14. Parteitag der kommunistischen Partei Russlands nicht zu diskutieren; dadurch konnte Sinowjew zunaechst seine Funktion als Praesident der Komintern behalten. Er zahlte dafuer den Preis, Stalin volle Freiheit im Kampf gegen alle diejenigen Gruppen in der Komintern zu geben, die faktisch oder potentiell seine, Sinowjews, Position haetten stuetzen koennen. Die Linke Opposition, die Gruppe Ruth Fischer-Maslow, und alle ihr benachbarten Gruppen waren der Mittelpunkt der Exekutive-Debatten. Nach vorher festgesetztem Zeremoniell mussten alle Parteien der Komintern im Plenum ausfuehrliche Erklaerungen gegen die Linken in der KPD abgeben; der Inhalt dieser Erklaerungen war gleichfoermig auf die Beschuldigung zugeschnitten, dass die linke KPD nicht genuegend aktiv in der Gewerkschaftspropaganda, nicht genuegend Einheitsfrontlerisch in Bezug auf die Sozialdemokratie, nicht genuegend demokratisch in der Parteiarbeit sei. Vom eigentlichen Thema, von der Differenz in der russischen Partei und von dem Militaerbuendnis zwischen Moskau und Berlin wurde nicht gesprochen.

Der Zweck aller dieser Erklaerungen war ganz einfach der: durch eine Attacke auf die links KPD oeffentlich von Sinowjew abzufallen und zu Stalin ueberzugehen. Sinowjew aber hatte

die Illusion, dass er imstande sein wuerde, durch Veraenderung der Situation im russischen Politbureau, den Prestigeverlust in der Komintern wieder auszugleichen.

In der deutschen Partei wurde eine Debatte gefuehrt, die ueber ein Jahr waehrte. D.Manuilski und eine Gruppe von Mitarbeitern unterstuetzten die Thaelmann-Zentrale in diesem Kampf, Die plumpen deutschen Methoden wurden durch die russische Technik verfeinert und zwar derart, dass man vor allem die linke Opposition in mehrere Gruppen zerlegte, Manuilski, Delegierter der Komintern, verhandelte mit rechten und mit linken Oppositionen und versprach Amnestie allen denjenigen, die nicht "anti-bolschewistisch" seien. Es wurde jegliche Sorte von innerdeutscher Kritik gestattet und sogar gefoerdert, wenn zwei Voraussetzungen erfuellt waren: 1. keine Behandlung der russischen Frage, kein Angriff auf Stalin. 2. Keine Besprechung der deutsch-russischen Militaerbeziehungen.

An sich war die ganze Partei in Opposition gegen den Moskauer und Berliner Apparat; die Zerlegung war ein wichtiges Mittel der Manipulation, die die Zerspaltung der Partei mit "demokratischen" Methoden ermoeeglichte. Im Namen der Parteidemokratie wurde den Mitgliedern zugemutet, 10 verschiedene Plattformen, die sich in allen deutschen Fragen nicht wesentlich genug von einander unterschieden, anzuhoeeren; durch diese Ermuedungsstrategie wurde jede Besprechung der Hauptfragen erstickt.

Dem Moskauer Apparat kam es aber darauf an, nicht nur die augenblickliche Opposition zu besiegen, sondern die deutsche Partei so umzubauen, dass sie den Moskauer Apparat voellig gleichgeschaltet war. Das geschah durch die Umstellung auf "Betriebszellen".

Die Organisation der KPD war organisch erwachsen aus den Kaempfen der Buergerkriegsjahre. Die Mitgliedschaft bestand zu 95% aus Arbeitern; Intellektuelle zogen die Zugehoerigkeit zur demokratischen oder sozialdemokratischen Partei vor, da sie dadurch Zutritt in die Staatsstellen der Weimarer Republik erhielten. Die Parteimitgliedschaft hatte sich von der starken sozialdemokratischen Organisation losgeloeset und als Erbe dieses Losloesungsprozesses, Hass und Misstrauen gegen jegliche,Partei-bureaukratie mitgebracht. Die Nationalsozialisten haben diese Stimmung gegen die "Parteibonzen" in ihrer Aufstiegsperiode vorzueglich auszunutzen verstanden.

Die Kommunistische Parteimitgliedschaft wachte daher eifersuechtig ueber ihre "demokratischen Urrechte" der Partei bureaukratie gegenueber. Ein solches Urrecht war die Behandlung und Entscheidung aller politischen und organisatorischen Fragen in der Gesamtmitgliederversammlung der Bezirksorganisationen, die ohne Unterschied von Rang oder Stellung jedem Mitglied das gleiche Recht der Entscheidung gab. Diese Bezirksorganisationen hatten einen grossen inneren Zusammenhang. Das gemeinsame Leben in derselben Gegend ergab eine Menge von Kontaktmoeglichkeiten ausserhalb der eigentlichen Partearbeit. Eine solche Mitglieder-versammlung umfasste mehrere Hunderte von Kommunisten, die sich seit vielen Jahren kannten, in gefaehrlichen Situationen zusammengestanden hatten, Der Funktionaerkader hatte sich durch einen Prozess natuerlicher Auslese gebildet. Die Kontinuitaet der politischen Arbeit garantierte ein gewisses gleichmaessiges Niveau der politischen Kenntnisse und der politischen Urteils-faehigkeit. Referate und Korreferate ueber die schwebenden Streitfragen in solchen Koerperschaften haetten eine Mehrheit

fuer die "anti-bolschewistische" Opposition ergeben koennen; die Erfahrungen aus dem Jahre 1923 waren noch lebendig in der Erinnerung, das Misstrauen gegen den russischen Staatsapparat gross, die Eingriffe des Moskauer Apparats in das deutsche Partelleben im hoechsten Masse unpopulaer.

Ein weiteres Recht dieser Mitgliedsversammlungen war die Wahl der besoldeten und unbesoldeten Funktionaere. Nach traditionellem Gebrauch in der deutschen Arbeiterbewegung sollte niemand eine Funktion in der Organisation bekleiden, der dazu nicht durch allgemeine Abstimmung bestellt worden war.

Gegen diese echt demokratische Form der Parteiorganisation rannte der Moskauer Apparat Sturm unter der demagogischen Parole: das Schwergewicht in die Betriebe! Die alte Einteilung der Partei in Abteilungen, Gruppen, Bezirksmitgliederversammlungen wurde liquidiert. Mitgliederversammlungen und Versammlungen von mehreren Zellen wurden unter dem "System Pieck" verboten. Die Partei wurde in Betriebszellen von 10 bis 15 Mann organisiert, d.h. die Parteimitgliedschaft wurde atomisiert. Diskussionen durften nur in solchen Betriebszellen von 10 bis 15 Mann stattfinden. Diese Zellen hatten dann Delegierte zu waehlen, die in Delegiertenkonferenzen die Bezirksparteitage beschickten. Die dreifach gefilterten Bezirksparteitage waehlten die Delegierten zum Reichsparteitag; die besoldeten Funktionaere wurden von der Zentrale ernannt, die vorher die Zustimmung der Moskauer Kontrolleure einholen musste. Kandidaten fuer parlamentarische Koerperschaften wurden ebenfalls nicht mehr von den Mitgliederversammlungen sondern von den Zentrale-Koerperschaften, nach Einholung der Moskauer Zustimmung, bestimmt.

Ueber den Personenbestand der KPD besass der Geheimdienst

der Komintern, die GPU und das Stalinsche Sekretariat eine umfangreiche Kartei, in der nebst dem ueblichen Vermerk ueber die sozialen Herkunft des betreffenden Parteimitgliedes, eine kontinuierlich gefuehrte Kontrolle ueber das Verhalten des Parteigenossen in allen Parteikrisen durchgefuehrt war. Diese Kartei war nach dem Muster der russischen Partei-Kartei aufgebaut und ist ohne Zweifel im Laufe der Jahrzehnte nur verbessert, noch detaillierter, weiter gefuehrt worden. Ueber alle in der Emigration befindlichen deutschen Kommunisten und ihre Verwendungsmoeglichkeiten, besitzt man in Moskau heute ausfuehrliche Akten.

Um das Netz der atomisierten Betriebszellen vollstaendig an das Stalinsche Sekretariat anzuschliessen, bedurfte man einer Kaderorganisation, die nur noch scheinbar von der nationalen Instanz, dem deutschen Zentralkomitee, abhaengig war. Der feste Kern dieser Moskauer Kader waren die zahlreichen Geheimagenten der verschiedenen Geheimdienste, die fuer ihr Verhalten in den Parteidebatten feste Instruktionen von ihren jeweiligen Vorgesetzten erhielten und die in diesen Diskussionen nach den Regeln militaerischer Disziplin, absoluter Gehorsamkeit zu handeln hatten. Diese Organisation von Geheimagenten wurde ergaenzt durch viele Hunderte von Angestellten der russischen Verwaltungen in Deutschland. Ein Platz in einem russischen Betriebe war ein begehrtes Ziel aller deutschen Parteikommunisten. Es wurden weit hoehere Gehaelter gezahlt als in Betrieben aehnlicher Art in Deutschland, die Arbeitszeit war geringer, Verguenstigungen und Erleichterungen aller Art, /Ankauf von Motorraedern, Pelzjacken, Delikatessen aus Russland/ uebten eine besondere Anziehungskraft aus. Dazu kam der Prestigezuwachs der mit solchen Stellungen verbunden war. Arbeitslose, Arbeiter und Angestellte, die sich

als Kommunisten und Revolutionaere in der Weimarer Republik jahrelang ausserhalb der Gesellschaft bewegten, gelangten durch Dienst im russischen Staatsapparat in eine voellig andere Lebens und Arbeitssituation, die der "positiven Arbeit".

Die KPD zaehlte 1926 etwa 125 bis 135 000 Mitglieder. Der Parteiapparat fuer diese, fuer deutsche Verhaeltnisse zahlenmaessig schwache Partei, war verhaeltnismaessig sehr gross und sah folgendermassen aus:

Eigentlicher Apparat der deutschen Zentrale /Zentralemitglieder, Sekretaeere, Redakteure, Technische Angestellte in den Bezirken/	850
Zeitungsverlage mit Druckereien /Inseraten Geschäft/	1800
Buchhandel mit Agit-Prop-Apparaten	200
Kommunistische Gewerkschaftsbeante /Stuttgart, Berlin, Niederrhein, Halle, Thueringen, Chemnitz/	200
Krankenkassen	150
Internationale Arbeiter Hilfe, Welt am Abend /Muenzenberg Konzern/	50
Rote Hilfe mit Kinderheim Tambach in Thueringen	50
<u>Sowjet Institutionen, /Botschaft, Handelsvertretungen mit Filialen in Leiozig und Hamburg, Ostbank, gemischte Gesellschaften/</u>	<u>1000</u>
	4400
davon in Berlin	1400
Hamburg	400
Ruhrgebiet	300
Verstreut im Reich	<u>2300</u>

Alle diese Angestellten waren vom Moskauer Apparat direkt oder indirekt abhaengig; sie wurden im Namen des "Kampfes gegen die Verbureaukratisierung" als verantwortliche Parteiarbeiter den Betriebszellen zugeteilt. Man machte den Arbeitern im Betriebe

diese Ueberflutung mit Sowjetangestellten dadurch ungerecht, indem man ihnen schmeichlerisch und demagogisch erklarte, dass diese Elemente durch das Zusammensein mit den einfachen Proletariern vor der Verbuergerlichung bewahrt wueren.

Die Angestellten des geheimen Apparats kann man im Jahre 1926 mindestens auf dieselbe Ziffer schaeetzen. Etwa 8 % der Parteimitgliedschaft stand daher in direkten russischen Dienstverhaeltniss; sie waren die "aktivsten" Elemente, d.h. Menschen die zu jeder Parteizusammenkunft kommandiert wurden und sich von keiner Zellsitzung "druecken" konnten. Parteiangestellte gibt es ueberall auf der Welt; die zentrale, militaerische Durchorganisation, Zusammenfassung und Lenkung, die Durchsetzung mit geheimen Agenten sind spezifische Eigentuemlichkeiten der Stalinschen Organisations methodik.

Die Betriebszellen waren den verantwortlichen Parteiarbeitern gegenueber in der Position absoluter Hilflosigkeit. Das Zellsystem brachte keineswegs besseren Kontakt mit dem Proletariat; die grossen Betriebe waren damals ziemlich kommunistenrein, da viele Kommunisten gemassregelt waren. In den Betrieben herrschts eine depressive Stimmung, die sich auf die Zellenversammlung uebertrug. Die raeumliche Trennung von Wohnung und Betrieb war in Deutschland im Allgemeinen so stark verbreitet, dass sich die kommunistischen Arbeiter innerhalb eines Betriebes wenig kannten. Von der alten Intimitaet der Wohnbezirksorganisationen blieb nichts uebrig. Dazu kamen technische Hindernisse, das Wohnen in der Provinz oder auf dem Lande, die schlechten Zugverbindungen, die die Zeit fuer Zellenarbeit ausserordentlich begrenzten, der Schichtwechsel. Eine zeitgenoessische linkskommunistische Darstellung einer solchen Zellenversammlung gibt das

Bild getreu wieder:

"Man stelle sich nun einmal eine solche Durchschnittszellenversammlung vor: Es sind vielleicht 7 bis 8 wirkliche Arbeiter vorhanden und 3 bis 4 "zugeteilte" Parteiangestellte.

Der Referent haelt dann eine gewaltige Schimpfrede gegen die Opposition, ein Oppositionsredner ist meist nicht zur Stelle, weil die Zellenleitung entweder vergessen hat ihn anzufordern oder sabotiert hat... in der Diskussion reden die Parteiangestellten und erklæaren jeden fuer einen "Antibolschewisten" und fuer einen "Feind des Bolschewismus", der nicht fuer die Zentrale stimmt. Sagt vielleicht ein Arbeiter etwas, dass ihm das alles nicht mehr gefiele, und dass "die Bonzen sich doch vertragen sollten", so stuerzt sich die ganze Meute auf den armen Kerl um ihm beizubringen, dass er noch kein Bolschewist sei."

/Kommunistische Politik, Jahrgang 1926, April/Mai/

Die Umorganisation war im Maerz 1926 auf einer speziellen Organisationskonferenz in Moskau beschlossen und gewann auch linke Elemente fuer die Reorganisation durch die demagogische Praesentation eines an sich richtigerscheinenden Organisationsprinzips.

Es ist an dieser Stelle unmoeglich auf die Organisationsproblematik "an sich", theoretisch einzugehen; fest steht, dass in der damaligen Umbruchssituation der Aufbau Stalinscher Kader nur durch die Zellenorganisation moeglich gewesen ist. Ohne diese Umorganisation haette das "System Pieck" seine Sekretaere in der Berliner Organisation nicht durchbekommen, da die Berliner

Bezirksparteitage gegen alle Zentrale-Sekretare stimmten, die ~~als~~ ~~muchsam~~ ~~zusammen~~ ~~geholten~~ Delegiertenkonferenzen fielen nach der Abstimmung fuer Moskau wieder in die oppositionelle Stimmung zurueck /so z.B. der Bezirk Neukoelln; im 6. Bezirk, Hallesches Tor, kommt es zu einer Pruegelei; der 5. Bezirk ist halb oppositionell usw./ Auf der oben erwaehten Moskauer Organisationskonferenz erklarte Dahlem: "Ohne die Reorganisation waeren die Berliner nicht zu gewinnen gewesen". /"Inprekorr", Sondernummer 27, Seite 720/ Auf dem Essener Parteitag der KPD / dem 11. Parteitag/ erklarte der Berichterstatter der Zentrale Philip Dengel: "Wir mussten Monate hindurch dreiviertel und vierfuenftel der Arbeit darauf verwenden, um solche Elemente wie Katz und Korsch, Ruth Fischer und Scholem zu isolieren, loszuloesen von einer grossen Anzahl von Arbeitern in der Partei. Das war eine Hoellenarbeit". /Parteitagsprotokoll Seite 41/

Waehrend dieser ganzen Uebergangsjahre revoltierte der Kern der kommunistischen Arbeiter gegen den Stalinschen Kurs. Die Zellenreorganisation allein reichte auch nicht aus, auch nicht der Geheimapparat, der in die Partei eingebaut war; es musste ein wahrer "Belagerungszustand" durchgefuehrt werden, bevor man der Rebellen Herr wurde. Alle demokratischen ~~Stimmen~~ Scheinformen wurden abgebaut; es kam zu massiven Massenausschluessen, zu einem Schichtwechsel der Mitglieder und Funktionaere. Der "Belagerungszustand" der Partei sah so aus:

1. Kein oppositionelles Material in der kommunistischen Presse/Der Weddinger Delegierte hatte sich auf der Exekutive Sitzung im Februar mit der Leningrader Opposition solidarisiert. Die "Pravda" in ihrem Sitzungsbericht ~~solidarisiert mit der Opposition~~ vom 25.2.1926,

unterschlaegt diese Erklaerung, eben so die Berliner "Rote Fahne"/

2. Nach kurzer Zeit wurden keine Korreferate mehr zugelassen.
3. Auch die atomisierten Zellsitzungen sind zu gefaehrlich man organisiert Konferenzen der verantwortlichen Parteiarbeiter, d.h. der Parteiangestellten.
4. Der Geheimapparat greift in die Parteidiskussion ein; damals war das etwas Neues in der deutschen Arbeiterbewegung. Der "N"-Dienst ueberfaellt Sitzungen, umstellt die Versammlungsraeume, laest Niemanden heraus und oeffnet Brieftaschen und Aktenmappen um festzustellen, dass keine Fraktionsarbeit gemacht wird.

Der "N"-Dienst macht Haussuchungen und Verhoere.

5. Man stiehlt Privatbriefe.
6. Man organisiert eine spezielle Diskreditierungskampagne fuer bestimmt missliebige Personen.
7. Eigentliche Parteimassreglungen: Funktionsenthebung auf 1 Jahr, Verbot der Teilnahme an Mitgliederversammlungen, Verbannung nach Moskau und nach China.
8. Ausschliessung von einzelnen Oppositionellen, Aufloesung ganzer Ortsgruppen, z.B. Ickern im Ruhrrevier, Muenchen/Gladbach am Niederrhein, Triebes und Suhl in Thaeringen und viele andere; Muenchen/Gladbach wurde kollektiv ausgeschlossen, nachdem 6 Stadtkonferenzen ohne Mehrheit fuer das Zentralkomitee verlaufen waren.

Die Ausschlussvorwaende sind mannigfach; sie haben aber alle einen gemeinsamen Nenner, den der Anschuldigung der Unbotmaessigkeit gegen ein totalitaeres Parteiprinzip. Es wird ein Oppositioneller ausgeschlossen, damit erfolgt automatisch das Parteiverbot mit ihm weiter in Verbindung zu bleiben oder

auch nur zu sprechen. Natuerlich bewegt sich der Oppositionelle weiter im Parteimilieu; darauf erfolgt eine Serie neuer Ausschlüsse wegen Verbindung mit konterrevolutionaeren Elementen. In Halle wird ein junger Genosse Springstube ausgeschlossen weil er in einem oppositionell kommunistischen Blatt der "KAZ" /Kommunistische Arbeiter Zeitung/ geschrieben haben soll. In Dresden wird ein Anhaenger der rechten Fraktion, Erich Melcher, ausgeschlossen weil er im Volkshaus, dem Gebaeude der sozialdemokratischen Parteiorganisation, mit Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei im Gespraech gesehen worden sein soll. In Muenchen/Gladbach werden drei Mitglieder des Roten Frontkaempferbundes ausgeschlossen, weil sie in einem "partEIFremden" Auto, dem Eigentum einer ausgeschlossenen Ortsgruppe, zu einem rheinischen Treffen des Roten Frontkaempferbunds gefahren sind.

Mit der Zuspitzung der Gegensaezte in der russischen kommunistischen Partei, spitzten sich die Gegensaezte auch in der deutschen Partei derartig zu, dass zwischen Oppositionellen und Stalinanhaengern eine bittere Feindschaft entstand, die bis zum Hass ging. Die Geheimdienste organisierten Rollkommandos, die oppositionelle Versammlungen mit Gewalt auseinandertrieben; Pruegeleien zwischen Kommunisten und oppositionellen Kommunisten wurden allgemein.

Ich erinnere mich an eine oeffentliche Versammlung der linken Kommunisten in Dortmund, Ende des Jahres 1926. Die Versammlung fand in einem grossen Saal in der Naehede des Bahnhofs statt; sie war sehr stark besucht, auch von Arbeitern aus den Nachbarstaedten, von Bochum und Gelsenkirchen. Die Essener Bezirksleitung hatte eine

Gegenaktion organisiert; es kam zu einer wuesten Saalschlacht, in der es auf beiden Seiten, durch Stuhlbeine und Bierglaeser, die auf beiden Seiten als Waffen benutzt wurden, ernsthaftige Verwundungen gab. Die wueste Pruegelei hinterliess ernste Misstimmungen in der Partei und in Kreisen der Symphatisierenden um die Partei; viele Mitglieder traten aus, wurden "indifferent" und spaeter nationalsozialistisch.

So fand unter dem Titel der Demokratisierung eine allgemeine Russifizierung statt; die von Moskau abhaengigen Agenten fuerchteten die Abberufung nach Moskau, mehr als jede andere Massregel, weil sie dort der Partei- und Sovietjustiz der russischen Kommunisten ausgeliefert waren. Verweigerung einer Reise nach Moskau war offener Disziplinbruch und fuehrte zum Ausschluss, mit der Konsequenz des sofortigen Verlusts nicht nur der jeweiligen Anstellung sondern vorw^r allem auch des Milieus, in dem man eine andere Anstellung haette finden koennen. Verfehmung und die daraus erfolgende Vereinsamung des ausgeschlossenen Kommunisten war eine wirksame Waffe in einer Unbruchsperiode in Deutschland, in der das Beduerfnis einem Kollektiv anzugehoeren, das einen neuen Typus der Lebensform darstellte, allgemein zwingend wurde.

Angestellte des Geheimdienstes, die die Ar^hbeitsreise nach Moskau verweigerten, wurden mit Gewalt dahin transportiert. Fragen nach ihrem Verbleib blieben unbeantwortet, da die "Regeln der Konspiration" verlangten, dass verantwortliche Parteiarbeiter mit geheimen Auftraegen von den anderen nicht gesehen werden durften.

Das Resultat der Reorganisation war eine voellige Auswechslung des Funktionaerkaders, ein Wechsela der Generationen, die Zuechtung eines neuen Typus. An die Stelle des internationalistischen, militanten Kommunisten trat der vom Moskauer Sekretariat abhaengige Agent. Die neuen Kader fuehlten sich nicht als Vertreter einer internationalen Organisation und Idee, sondern als Vertreter der russischen Partei, als geheime Agenten unter geheimer Kontrolle. Der legale Parteiapparat, die legale Parteiorganisation wurde zur aufgeblasenen, wesenslosen Huelle, eine Fassade, hinter der sich nichts befand als leere Raeume. Der Kern der Partei war das Netz der geheimen Agenten, fest genug geknuepft, um jede noch etwa auftretende Wiederbelebung von Unabhaengigkeitstendenzen im Keime zu ersticken.

Stalins Beziehungen zu den Fuehrern der KPD.

Seit 1923 hatte sich Stalin intensiv um Beziehungen zu den Kominternkadern bemueht. Insbesondere hatte er sich fuer die verschiedenen Gruppierungen der deutschen Partei interessiert; ich verweise hier auf den Bericht ueber das Zusammentreffen mit Stalin im Jahre 1923 und seine Intervention in der Angelegenheit Maslow auf das vorhergehende Kapitel.

Im Verlauf der verschiedenen Parteikrisen hatte Stalin sich mit allen denjenigen deutschen Kommunisten lange und persoendlich unterhalten, die er fuer wichtig fuer den Aufbau der Organisation ansah. Stalin suchte immer nach neuen Elementen; seine Auswahlprinzipien orientierten sich an den Eigenschaften des Kandidaten in Bezug auf Organisationstalent und auf schmiegsame Charaktere.

In diesem Punkt besitzt Stalin eine durch tausendfache Übung
angeschulte Kunst der praktischen Psychologie; er ist imstande,
nach relativ sehr kurzer Beobachtung die starken und schwachen
Seiten seiner Objekte, ihre Brauchbarkeit und ihre Gefaehrlich-
keit einzuschuetzen. Gefaehrliche Objekte werden keineswegs
gleich abgestossen; sie werden einer Behandlung unterzogen;
man versucht sie zu gewinnen, sie zu assimilieren.

Stalin sprach mit keinem Fuehrer der KPD, ohne vorher
muendlich oder schriftlich einen ausfuehrlichen Bericht des
Geheimdienstes ueber die betreffende Person erhalten zu haben.
Ihn interessierte immer: "Womit kann man den Mann bestechen?"
"In Bezug auf Bestechung ist Stalin sehr grosszuegig, wie es
der Herrscher eines grossen Reiches sein kann. Stalin ist im
persoenlichen Umgang lebenswuerdig, witzig; er stellt sich in
der Unterredung auf den Anderen ein. Grobheiten und scharfe
Massnahmen werden von Anderen durchgefuehrt. Stalin ist grob
im Auftreten, in der Erledigung von Gegnern, in der Ausein-
andersetzung im Parteikoerper. In den persoenlichen Unterre-
dungen sucht er zu gewinnen. In den Uebergangsjahren des Kampfes
um das Generalsekretariat versprach Stalin allen kommunistischen
Fraktionsfuehrern Unterstuetzung und Hilfe durch das russische
Polit-Bureau; er posierte als demokratischen Schiedsrichter, der
bestrebt war die Gegensaezte auszugleichen. Mit dieser persoen-
lichen Gebaerde ging die schaeerfste Zersetzungspolitik, die
Verhetzung oder Gegeneinanderhetzung der fuehrenden Gruppen
Hand in Hand. Das geschah durch Mittelsmaenner, die geheime,
persoenliche Botschaften ueberbrachten, halbe Zusagen im Namen
Stalins machten. Eine besonders beliebte Methode war die
Uebersendung versoehnlicher Vorschlaege nach schaeerfstem Angriff

in den Parteikoerperschaften oder umgekehrt scharfe Zurechtweisungen, nach lebenswuerdigen Worten im Plenum. Diese Methode hatte den Sinn, die Anwaerter auf Stalins Gunst unsicher zu machen und sie darueber zu belehren, dass sie in jedem einzelnen Schritt vorher die susdrueckliche Erlaubnis des Generalsekretaers einzuholen hatten.

Die erstaunlichste Eigenschaft Stalins ist die Faehigkeit eine Ummenge solcher persoenlicher Details zu akkumulieren und seiner Umgebung die Ueberzeugung zu vermitteln, dass er alles was vorgeht, uebersieht und ueberwacht. Diese Faehigkeit der Kontrolle bezieht sich auf die verwickeltsten Organisationsdetails; Stalin ist ein ueberdimensionaler Personalschef, fuer den richtige Politik ~~wax~~ vor allem in der richtigen Besetzung der fuehrenden Posten besteht.

In der deutschen Partei hat Stalin lange herumexperimentiert, bevor er die fuer sich geeignete Gruppe herauswaehte. Die Gruppe der "Labotiten", der kommunistischen Fuehrer alten sozialdemokratischen Stile, der "Rechten", lehnte er ab; diese Gruppe, Brandler-Thalheimer-Walcher-Froehlich, waren ihm zu sehr Ideologen, zu sehr Schwaetzer, zu sehr aussefhalb der Problematik des russischen Alltags. Traditionsfiguren, wie die alte Klara Zetkin, verachtete er, sorgte aber dafuer, dass sie durch genuegend Stuetze durch den Parteiapparat "bei der Stange" gehalten wurde; Klara Zetkin hatte seit 1921 in keiner Partei angelegenheit mehr mitzureden, sie bekam aber eine Villa, Dienerschaft, Sekretaere; ihr Bild wurde ueberall ausgestellt, sie wurde in jedes Ehrenpraesidium hineingewaeht, das gemuegt, sie gefuegig zu machen. Um die linke Fuehrung Ruth Fischer-

Maslow hatte sich Stalin zwei Jahre lang bemueht; er misstraute dieser Gruppe, hielt sie aber fuer faehig, eine Organisationsarbeit von neuem Typus in Deutschland durchzufuehren; vor allem wollte er jede Entwicklung der Selbständigkeit in Deutschland durch Ankauf der linken Fuehrer verhindern. Versprechungen von Unterstuetzung der Politik dieser Gruppe, wie sie im Brief an Maslow zum Ausdruck kamen, wurden 1925 und 1926 durch aehnliche Vorschlaege an mich ergaenzt. Charakteristisch war, dass die Unbotmaessigkeit zwar mit Verbannung nach Moskau bestraft wurde, aber gleichzeitig durch Mittelsmaenner staendig Angebote fuer Zusammenarbeit erfolgten. Auch direkte Korruptionsversuche fehlten nicht. Reisen, eine Villa im Kaukasus, persoenliche Begleiter, die fuer bevorzugte Behandlung sorgen sollten, der Vorschlag, die Familie aus Wien kommen zu lassen und ihr besondere Verguenstigungen in Moskau zu garantieren, solche und andere Angebote wurden mir waehrend meiner Verbannungszeit in Moskau wiederholt als "Versoehnungsverschlaege" ueberbracht. Diese direkten Bestechungen spielten in der Heranziehung der eigentlichen Stalinschen Kader in den Kommunistischen Parteien des Westens eine viel groessere Rolle, als das allgemein angenommen wird; Auch das Bestechungssystem wurde psychologisch abgestuft; es wurden keineswegs bloss materielle Verguenstigungen angeboten, sondern Posten und Titel, die Publikation von Artikeln oder Buechern, die Auffuehrung von Stuecken oder Musikwerken, die Verleihung von Professuren an russischen Universitaeten. Bestimmte erwuenschte "Delegierungen" nach Auslandsposten waren ein besonders beliebtes Mittel in der Belohnung fuer Fraktionswechsel, fuer den Unfall von der feindlichen Fuehrergruppe, zur Stalinschen Fraktion. Delegierungen nach dem Westen waren in dieser Skala

Belohnungen; Delegierungen nach dem Osten, im allgemeinen, Strafmassnahmen. Im Osten konnte einem unbotmaessigen Anhaenger der Stalinschen Fraktion viel leichter "etwas Menschliches" zustossen; er war dem Apparat gegenueber in einer viel hilfloseren Position, etwa im chinesischen Milieu, vollstaendig von den russischen Stellen abhaengig und ohne die beruehmte Chance der "Flucht in die Oeffentlichkeit". Im Westen dagegen fuerchtete Stalin, besonders in den ersten Jahren seines Machtkampfes, Abfall und Verrat, die "Flucht in die Oeffentlichkeit", den Schutz, den geordnete Rechtsverhaeltnisse, zivillisierte Gewohnheiten und kritische Einstellung Soviet Russland gegenueber, boten.

Eine Eigentuemlichkeit der russischen politischen Methoden, die von Stalin ebenfalls besonders intensiv verwandt wurden, ist das "Arrangement" mit Gegnern. Das Verhaeltnis zu einem Oppositionellen wurde so geregelt, dass dieser sich fuer eine bestimmte Zeit "zuzueckzog". Der Oppositionelle verpflichtete sich zum Stillschweigen; unter Stillschweigen verstand man eine Haltung, die bis zur Ablehnung auch jedes persoenlichen Gespraechs ueber parteipolitische Gegenstaende getrieben wurde. Dafuer erhielt der Betreffende die Zusicherung, entweder in absehbarer Zeit wieder in die Partei aufgenommen zu werden /im Falle des vorhergehenden Ausschlusses/, oder falls er seiner Mitgliedschaft noch nicht verlustig war, wieder mit verantwortlichen Parteiposten bekleidet zu werden. Fuer Oppositionelle in der KPD z.B., fuer die man ein derartiges Arrangement traf, wurde dann in der Uebergangszeit dafuer gesorgt, dass sie aus einer der zahlreichen Apparaturen die notwendigen Existenzmittel erhielten. Ausschluss aus der Partei bedeutete also keineswegs

immer den Bruch mit dem Moskauer Zentrum.

In der KPD und in der Komintern spielte das mächtige Mittel der Parteireinigung und der speziellen persönlichen Kommissionen, die Anschuldigungen ^{prüfen} sollten, Anschuldigungen, die meistens vom Apparat produziert worden waren, eine in diesen Übergangsjahren nur beigeordnete Rolle. /Im Gegensatz zur russischen Partei, wo diese Massnahmen seit 1921 zu den wichtigsten Bestandteilen des Kampfes mit unbotmässigen Elementen gehoerten./

Stalin hat von 1923 an den Kaderbestand der KPD persönlich geprüft; nach seinen Anweisungen wurde die Personalauslese von 1925 an vorgenommen. Das Prinzip der Auswahl war in der Mitte der Zwanziger Jahre im Wesentlichen auf die Heranziehung von neuen Arbeiterelementen gerichtet, die skrupellos, unbeschwert von "laboristischen" Vorurteilen, gefuegig, und Soviet-patriotisch waren; bei der Auswahl wurden diejenigen Typen bevorzugt, die vor illegalen Auftraegen nicht zurueckschreckten und die auch keinerlei Hemmungen gegenueber "aktivistischen" Auftraegen /Spionage und Terror/ zeigten. Zur KPD-Intelligenz, zu den zahlreichen Schriftstellern, Kuenstlern und Literaten, hatte Stalin persönlich keine Beziehung: er verachtete diese Mitlaeufer, gab aber Anweisung, sie gut zu fuettern, ihrer Eitelkeit zu schmeicheln und sie moeglichst zweckmaessig auszunutzen.

Im Jahre 1925 war fuer Stalins Haltung charakteristisch, dass er sich der juengeren KPD-Generation gegenueber als der "neue" Fuehrer vorstellte, der an die Stelle der revolutionaeren Phraseologie der alten Kominterngeneration, die revolutionaere realistische Machtpolitik setzen wuerde. So hat Stalin

Typen wie Heinz Neumann zu sich heruebergezoogen und mit ihm eine ganze Gruppe aehnlicher Art, z.B. Philip Dengel, Alexander Abusch, Heinrich Suesskind. Heinz Neumann war ein typisch "entwurzeltes Element"; als Sohn einer reichen Kaufmannsfamilie ging er, 16 jaehrig im Jahre 1918, zum Kommunismus ueber. Er war masslos ehrgeizig, nicht unbegabt, aber bereit, gegen den Nationalsozialismus zu kaempfen und die KPD dabei zu riskieren. Stalin erschien in den geheimen Kommissionen ueber die deutsche Politik 1925, in Uniform, in langen Schaftstiefeln, die Pfeife im Mund. Heinz Neumann war magisch angezogen von diesem Bilde eines militaerischen Fuehrers, bei dem militaerische Technik und kommunistische Politik sich in eine Einheit zu verschmelzen schienen. Stalin erschien den jungen Leuten als der "Fuehrer"; seine Wirkung auf sie ist nur der Anziehungskraft Hitlers auf eine ganze deutsche Generation zu vergleichen. Stalin war der Retter aus der auswegslosen Lage, in die sich die KPD festgefahen zu haben schien. Ohne diesen Hintergrund von neuer Energie, militaerischer Disziplin, Anspannung aller Kraefte, verbunden mit einer ungeheueren Geschmeidigkeit der politischen Konzeptionen, einer Aufloesung aller dogmatischen Starre, waeren auch die Mittel der Bestechung und Zwangsmassnahmen nicht wirksam gewesen.

Heinz Neumann ist 1935 in Moskau erschossen worden von 1929/30 an waren seine Beziehungen zu Stalin schlecht und gespannt. Die Mehrheit der KPD-Kader, die 1925 zu Stalin ueberliefen haben zwischen 1929 und 1933 mit Entsetzen die Politik der Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten aus der Naeh gesehen, aber sie waren ohnmuechtig, zu korruptiert, zu zersetzt, zu weit gegangen, um dagegen etwas unternehmen

zu koennen. Die Massenerschiessungen deutscher Kommunisten Mitte der Dreissiger Jahre in Moskau gehen auf direkte Anweisung Stalins zurueck.

Anhang zu Absatz III

a a / Meine Kontakte mit Sinowjew 1925.

Ich befand mich waehrend der EKKI-Sitzung in Moskau, in dem schon erwaehten Stadium der ehrenvollen Schutzhaft, die seit dem September 1925 dauerte. Von den Sitzungen konnte ich nicht ausgeschlossen werden da mir meine Kominternfunktion noch nicht abgenommen war. Es bestand aber auch gar keine Absicht in dieser Richtung, weil es viel zweckmaessiger war, das Objekt des Angriffes lebendig zu praesentieren. Die Opposition der KPD war durch eine groessere Delegation vertreten: Werner Scholem Hugo Urbahns, Hans Weber, F.Engel. Man war in der Zulassung von Oppositionellen sehr grosszuegig, sehr demokratisch, ebenfalls in der sicheren Berechnung, dass sie damit am wirksamsten zersetzt werden konnten. Ich habe auf die Sonderbehandlung die Stalin persoendlich der Opposition auf dieser Sitzung angedeihen liess schon an anderem Ort hingewiesen. So plump diese Methode auf dem Papier aussieht, so wirksam war und ist sie in der politischen Realitaet, nicht nur in der Partei oder im eigentlichen Apparat, sondern auch in der Diplomatie.

Neben dem Prinzip der Zersetzung der Fuehrerkader, wurde

mit der einfachen Technik der unermuedlichen Wiederholung gleichfoermiger Aussagen durch verschiedenartige Personen gearbeitet. Ausserdem zeigte sich der GPU-Hintergrund der Komintern auf dieser Tagung noch deutlicher als bisher; man hatte im Kominternmilieu bisher allzu krasse Enthuellungen der GPU-interventionen vermieden. Die Bespitzelung der Opposition, die Ueberwachung der Telephongespraechе, die Postkontrolle war deutlich spuerbar.

Zwischen mir und dem Delegierten der Zentrale, Arthur Ewert, kam es zu einem Zwischenfall. Meine Privatbriefe an Maslow, der im Berliner Gefaengnis sass, waren nicht nur von der GPU abgefangen worden, sondern ihre Kopie dem Zentralkomitee der KPD uebergeben worden. In diesen Privatbriefen waren natuerlich eine Reihe Moskauunfeindlicher Aeusserungen enthalten. Arthur Ewert wollte von der Tribune der Kominternsitzung im Saale des Kreml diese Privatbriefe verlesen, um meine antibolschewistische Gesinnung zu beweisen. Ich entriss ihm mit Gewalt die Briefe, es kam fast zu einer Pruegelei im Sitzungssaale. Bezeichnenderweise war unmittelbar nach dem Auftritt das Verhalten der russischen Delegation mir gegenueber freundlicher; Stalin liess im Hotel Lux bei mir anrufen und einer seiner Leute versicherte mir, dass Ewert sich ungehoerig benommen haette und zur Rechenschaft gezogen wuerde.

Sinowjew organisierte mehrere geheime Besprechungen mit mir. Er veraicherte mir, dass augenblicklich Geduld in der Ertragung der Stalinschen Angriffe notwendig sei;

bald aber wurde die Situation sich voellig veraendern, die russische Partei Stalin aus dem Generalsekretariat und damit auch aus der Komintern entfernen. Die Gruppe Sinowjew-Kamenew befand sich damals in der Vorbereitung ihres Blocks mit L. Trotzki, der im Juni 1926 zustande kam und von dem sich manche Beobachter inner|und ausserhalb Russlands eine Niederlage Stalins erwarteten.

b b / Liste der innerparteilichen Fraktionen.

Die deutschen Arbeiterkommunisten waren den Moskauer Politikern gegenueber in der Rolle unerfahrener Kinder und liessen sich nach Belieben zerlegen. Nach einigen Monaten von Parteidebatten, die die eigentlichen Fragen strikt vermieden, gab es zehn Fraktionen in der KPD:

1. Die rechte Fraktion Brandler-Thalheimer /ihr gehoerten u.a. Jakob Walcher, Rosi Wolfstein, Paul Froehlich, Hermann Dunker, Albert H. Schreiner an./
2. Die Fraktion Ernst Meyer /heute ausgestorben/
3. Die Parteibeamten /Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Arthur Ewert - wahnsinnig in der Gefaengnisirrenanstalt in Brasilien - Hans Pfeiffer - erschossen 1926 in Moskau/
4. Die Thaelmann Fraktion /Thaelmann, ermordet von der Gestapo, Philip Dengel, freideutsches Komitee in Moskau, Heinz Neumann, erschossen 1936 in Moskau, Heinrich Suesskind, erschossen 1936 in Moskau, Ernst Schneller, Theo Neubauer im deutschen Konzentrationslager, Karl Volk, New York./
5. Die Chemnitzer Linke /Paul Bertz, zuletzt gesehen in der Emigration in Paris und Spanien/

6. Die Hober Gruppe
 7. Die Koetter Gruppe /Weddinger Linke/
 8. Die Linke Opposition /Maslow-Urbahns-Ruth Fischer/
 9. Die Korsch Gruppe
 10. Die Schwarz Gruppe
-

Anm. Die Einteilung stammt aus der "Fahne des Kommunismus"
Blatt der linken Opposition, vom 15. Maerz 1927.

c c / Hans Berger und die Witterf - Affaire.

Die neue Fuehrergarnituren bestanden zum Teil aus Arbeitern, die nach dem Prinzip ausgewählt wurden moeglichst politisch "unbeschriebene Blaetter" zu sein. Die Heranziehung dieser neuen Arbeiterelemente, ihre Umformung und Einreihung in den Apparat war ein wichtiges Instrument der Stalinisierung, das in der deutschen Partei am gruendlichsten, aber auch in allen anderen Kominternparteien durchgefuehrt wurde. Ebenso entschieden wurden aber auch eine Reihe juengerer Intellektuellen herangezogen, denen die bedeutenden Auftraege der russischen Staatsleitung viel anziehender erschienen, als eine Durchschnittskarriere im grauen Alltag der Weimarer Republik. Ein solcher juengerer Intellektueller war z.B. Gerhard /Hans Berger/, heutiger Spezialist fuer deutsche Fragen bei der amerikanisch-kommunistischen Zeitung "Daily Worker". Er "diente" im Kampf gegen die linke Opposition; 1928 beging er einen schweren Fehler; er versuchte die Thaelmannfuehrung durch eine Intrigue zu

stuerzen. Ein enger Freund Ernst Thaelmanns, Wittorf, hatte in Hamburg eine kleine Summe aus einer Geheimekasse ungenau abgerechnet. Gerhard - Berger und Arthur Ewert drueckten einen Mehrheitsbeschluss in der Zentrale gegen Ernst Thaelmann durch, der in der "Roten Fahne" publiziert wurde. Die russische Parteifuehrung reha-bilitierte Thaelmann, berief Gerhard nach Moskau, sandte Ewert nach Brasilien und massregelte alle ihre Anhaenger. Gerhard /Hans Berger/ erhielt das Verbot, sich mit deutschen Angelegenheiten zu beschaeftigen. Das Verbot war in seiner Formulierung so detailliert, dass Berger nicht die Erlaubnis bekam deutsche Zeitungen zu lesen. Nach zweijaehriger Verbannung nach China hat Berger dann eine Reihe von Vertrauensposten bekleidet und ist heute wiederum Spezialist fuer deutsche Fragen.

Schlussbemerkung: Die organisatorische Struktur der
umgeformten "Partei".

Im Februar 1927 fand der 11. Ssener Parteitag der KPD statt. Es war das erste Mal, dass ein KPD Parteitag im Ruhrge-biet stattfand; damit sollte die neue Orientierung auf die Massen der Arbeiter in den Schwerindustriegebieten ihren symbolischen Ausdruck finden.

Auf dem Parteitag wurde von den beiden Hauptfragen, die fuer das weitere Schicksal der Kommunistischen Partei entschei-dend waren, nicht gesprochen. Der aeusserst scharfe Kampf in der russischen kommunistischen Partei wurde nicht berichtet, nicht diskutiert. Der Berliner Vertrag der Soviet Regierung

mit der deutschen Regierung, das geheime Militaerbuechnis zwischen der Roten Armee und der Reichswehr, wurde nicht erwahnt. Der Referent der Centrale, Ernst Thaelmann, machte einige gereizte Bemerkungen ueber die "sachlose, schmutzige, Sovietgranatenkampagne", die den Gipfelpunkt verrackerischer Niedertracht darstellten. Der Soviet-Patriotismus, die Treue der deutschen Kommunisten fuer die Sovietunion, war das Leitmotiv aller Referate und Debatten. "Es ist uns gelungen", sagte der Berichterstatter Dangel, "uns das Vertrauen der Komintern wieder zu erwerben".

Der Inhalt der Parteitagebatten spiegelt bereits die Transformation der Funktion der KPD wieder. Das einzige Thema ist die Massenpropaganda, ihre Moeglichkeiten, ihre Methoden, die Verfeinerung dieser Methoden. Das Zentralkomitee hatte einen "Kongress der Werktaetigen" organisiert. Auf den vorbereitenden Bezirkskongressen und auf dem zentralen Kongress in Berlin, der kurz vor dem Essener Parteitag stattgefunden hatte, waren parteilose Delegierte, katholische Delegierte und sozialdemokratische Delegierte erschienen. Der Erfolg in der Heranziehung dieser ausserparteilichen Elemente war der Masstab des Parteierfolges ueberhaupt.

Die legale Partei wandelte sich um in eine Propagandagesellschaft fuer Soviet Russland. Die Nebenorganisationen vergroesserten sich und vermehrten sich. Der "Rote Frontkaempferbund" konzentrierte sich nicht auf den Kampf gegen die Nationalsozialisten, sondern auf die Propaganda fuer Russland. Die Internationale Arbeiter Hilfe /IAH/, eine Gruendung Willi Muenzenbergs, aus den Hungerjahren 1920/21, verlor ihren Charakter als Solidaritaetsorganisation fuer das russische

Proletariat. Ihre Aufgabe war die "Aufweichung" aller Milieus, die dem deutschen Kommunismus gegenüber feindselig eingestellt waren, aber bereit waren, fuer Soviet-Russland Interesse zu zeigen und sich fuer kulturelle Verbindungen mit Russland zu interessieren. In diesen Jahren erfolgte die Gruendung des "Muenzenberg Konzerns". Darunter verstand man eine Kombination verschiedenartiger Unternehmungen, Buch-Verlage, Zeitungen und Zeitschriftenunternehmungen, Gesellschaften zur Herstellung von Filmen, unter der persoenlichen Leitung Willi Muenzenbergs. Muenzenberg war der Direktor dieses Konzerns, der Parteikontrolle voellig entzogen; er berichtete direkt nach Moskau. Moskau liess Muenzenberg in der kaufmaennischen und organisatorischen Arbeit eine fast unbeschraenkte Freiheit der Anordnungen; in Russland selber konnte der Muenzenberg Konzern eine Reihe von Unternehmungen erwerben, oder mit russischen Unternehmungen zusammenarbeiten. Die Geheimdienste benutzten die Muenzenbergschen Organisationen ausgiebig fuer ihre Zwecke; Muenzenberg selber war lange Jahre ihr Vertrauensmann. Zwischen seiner Organisation und der Parteiorganisation bestanden dauernd Spannungen, schon aus Gruenden der Konkurrenz. In den zahlreichen Konflikten schuetzte der Moskauer Apparat Muenzenberg und seine Arbeit gegenueber den Parteinstanzen der KPD.

Der Muenzenberg-Konzern schuf den Typ einer neuen kommunistischen Presse. Anfang 1925 wurde die "Welt am Abend" gruendet. Die "Welt am Abend" loeste sich von aller revolutionaeren Propaganda los; ihre Spezialitaet waren Reportagen sozialkritischer Art und die Produktion "kulturbolschewistischer" schoener Literatur; ihre Hauptlinie war die Propaganda fuer Soviet-Russland. Die neue kommunistische Generation las

vorzugsweise dieses Blatt und ähnliche Blätter, die "Welt am Morgen", die "Arbeiter Illustrierte" / "ein Konkurrenzblatt der weit verbreiteten "Berliner Illustrierten" / den "Roten Aufbau". Das Zentralorgan der Partei die "Rote Fahne" und die sogenannten theoretischen Zeitschriften der Partei wie "Internationale", "Kommunistische Internationale" wurden zu den Organen der Parteifunktionäre; das Durchschnittsmitglied las diese Literatur nicht mehr.

Die Parteiagitation versuchte die Muenzenberg Agitation nachzuahmen; der Rote Frontkämpferbund, der Rote Frauen und Mädchenbund, die Jugendorganisationen, die Arbeitslosenorganisationen, die Betriebsorganisationen konzentrierten ihre Energie auf die Herausarbeitung von Methoden zur Gewinnung der "Parteilosen" und Indifferenten. Die KPD entfernte sich aus dem traditionellen Milieu der deutschen Arbeiterbewegung, aus dem Milieu der Auseinandersetzung mit der SPD und den Anhängern der Freien Gewerkschaften. 1928/29 erschienen die ersten bedeutenden Gruppen von nationalsozialistischen Arbeitern in den proletarischen Vierteln der industriellen Bezirke. Sie fanden Zehntausende von Kommunisten als Gegner vor sich. Aber diese Gegner waren nichts anderes als lose zusammengehaltene, durch eine Massenpropaganda fuer Russland gewonnene Elemente.